

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

———— Nachdruck verboten ————

Man abonniert beim
Buchhandel, bei der Post und

Berlin, den 15. Januar 1910.

direkt beim Verlage
für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek

der

Freihandel ^{Königsberger Handelshochschulkurse}

Die Demokratische Vereinigung hat einen Programmentwurf veröffentlicht. Da die Männer und Frauen, die dieser Vereinigung zugehören, nur eine winzige Zahl der in Deutschland politisch Interessierten darstellen, so kann die Publikation des Programms nicht als eine Haupt- und Staatsaktion angesehen werden. Trotzdem darf aber ein Punkt des Programms ein starkes allgemeines Interesse für sich in Anspruch nehmen, und dieser Punkt lautet: „Das zweckmäßigste Mittel zur Förderung der Produktion ist der Freihandel.“

Der Freihandel ist ja in Deutschland zum politischen Axiom für die oppositionellen Parteien geworden. Wer für demokratische Freiheiten ist, muß, so meint man, auch für die Handelsfreiheit sein, und wer nicht für den Freihandel eintritt, der ist ein politischer Reaktionsär oder befindet sich doch zum mindesten auf der schiefen Ebene, die zur Reaktion hinabführt. Wenn unsere politischen Parteien, wie das in England der Fall ist, sich ihre Plattformen von Fall zu Fall schüfen und dann natürlich stets das Gegenteil von dem forderten, was die gerade am Ruder befindliche Partei geschaffen hat, so würde man es ja durchaus begreiflich finden, daß die politische Opposition in Deutschland zur Fahne des Freihandels schwört. Denn es ist lange mit Schutzzoll regiert worden. Aber wir haben ja Parteien mit feststehenden Bekenntnissen. Wir leben ja sogar in einem Lande, wo man es einem Mann übelnimmt, daß er mit vierzig Jahren andere Anschauungen für richtig hält, als die waren, denen er mit zwanzig

die Treue hielt. Die Programme unserer politischen Parteien sind unwandelbar. Gleichgültig, ob die Partei in der Opposition steht oder das Ruder der Regierung in Händen hat. Wenn unter diesen Umständen eine junge Partei, deren Zukunftstraum es ist, die ganze bürgerliche Opposition einstmals um ihre Fahnen zu scharen, einen wirtschaftspolitischen Grundsatz proklamiert, so heißt das, daß sie diesen Satz für absolut richtig hält. Daß sie seine Durchführung für möglich und seine Propagierung für zugkräftig erklärt.

Daß die Demokratie in Deutschland nicht regiert, scheint ein Zeichen dafür zu sein, daß die deutsche Bevölkerung stark regiert sein will. Wer näher zusieht, merkt, daß ein Teil dieser seltsamen Erscheinung in einer Zustutzung der Wahlkreise zu suchen ist, die die Volksmeinung in den Wahlergebnissen nicht unverfälscht ins Licht der Erscheinungen treten läßt. Insofern sind die Klagen der Opposition durchaus voll berechtigt. Aber den Hauptgrund dafür, daß weite Kreise der Wähler immer noch den Kandidaten der Mittelpartei und der rechts stehenden Fraktionen bevorzugen, liegt zweifellos in den doktrinären, den Wirklichkeitsforderungen abholden wirtschaftspolitischen Programmen der Oppositionsparteien. Daß die Sozialdemokratie eine Millionenchar von Wählern um sich sammelt, liegt wesentlich in der eigentümlichen und kontinuierlichen Stellungnahme der Staatsgewalten und des Unternehmertums gegenüber der Arbeiterklasse. Aber es gehört keine große Prophetengabe dazu, vorauszu sehen, daß die

Sozialdemokratie nicht ein Jahr ausschlaggebende Regierungspartei sein könnte, ohne entweder ihr freihändlerisches Wirtschaftsprogramm beiseite zu schieben oder die Gefahr zu laufen, bei der nächsten Wahl ihre Wählermassen dezimiert zu sehen.

Ich sehe einmal ganz davon ab, ob der Freihandel prinzipiell berechtigt ist oder nicht. Die Forderung unentwegten Freihandels aber ist unhistorisch, knüpft nicht an das Bestehende, und in diesem unhistorischen Doktrinären liegt die Gefahr aller Wirtschaftsprogramme, angefangen von der alten Fortschrittspartei bis zum zweiten Teil des Programms der deutschen Sozialdemokratie. Den freihändlerischen Theorien ist bisher stets vorgeworfen worden, daß sie sich wesentlich auf den Konsumentenstandpunkt stellten. Sie gehen von dem für jeden Menschen zuerst sehr einleuchtenden Standpunkt aus, daß es vorteilhaft ist, möglichst billig zu kaufen. Die ersten Verfechter der Freihandelstheorie in Deutschland waren denn auch neben den Kaufleuten, die natürlich ein Interesse daran haben, ohne Rücksicht von wo sie einführen und wohin sie ausführen, möglichst frei handeln zu können, Professoren und Anhänger der liberalen Berufe, deren Einkommen unabhängig vom Ertrag der nationalen Produktion war. Für sie erschöpfte sich in der Tat das wirtschaftliche Interesse damit, möglichst billig ihre Gebrauchsgegenstände einzukaufen. In dem Maße aber, wie aus der deutschen Nation ein Volk von Herren und Knechten der Produktion wurde, trat neben das reine Konsumenteninteresse auch das Interesse an bestimmten Produktionszweigen, das Interesse daran, das Erträgnis der einzelnen Produktionszweige zu steigern. Davon erhoffte nicht nur der Unternehmer Nutzen, sondern auch der Arbeiter, der um einen erhöhten Anteil am Produktionsertrag kämpfte.

Die Arbeiterpartei Deutschlands, die politisch ein Kind des Liberalismus war, übernahm theoretisch zunächst den Standpunkt dieses Liberalismus auch in Handelsfragen. Praktisch hat sie diesen Standpunkt bis auf den heutigen Tag fast stets unangefochten eingenommen. Ab und zu gab es zwar ein paar Seitensprünge. So waren die alten Abgeordneten Kaiser und Fritsche keineswegs unbedingte Freihändler. Aber was besagte das alles angesichts der vielen freihändlerischen Aktionen der Sozialdemokratie. Erst Schippel und Galtner haben gewagt, in der Theorie darauf hinzuweisen, daß man dem Interesse der Arbeiter am Produktionsertrag die Freihandelslehre keineswegs durchweg gerecht werde. Und man hat im Gegensatz zum Konsumenteninteresse vom Produzenteninteresse der Arbeiter gesprochen.

Im demokratischen Programm wird die Idee, daß ein Produzenteninteresse in weiten Bevölkerungskreisen vorliegt, aufgegriffen.

Man behauptet nicht mehr dort, daß der Freihandel im Interesse des Konsums liegt. Man behauptet auch nicht mit nackten Worten, daß das allgemeine Interesse dort im Freihandel gewahrt werde, sondern man schreibt lapidar den Satz nieder: „Das zweckmäßigste Mittel zur Förderung der Produktion ist der Freihandel.“

Ohne Kommentar ist dieser Satz überhaupt nicht verständlich. Wer aber die Geschichte der Freihandelsbewegung kennt, und wer Brentanos geistreiche Neubegründung des Freihandelsargumentes gelesen hat, weiß, was gemeint ist. Im Jahre 1734. hat Jakob Vanderlint geschrieben: „Alle Völker zusammengenommen erscheinen wie eine einzige Tauschgesellschaft, worin die einzelnen Nationen ihre mannigfachen Berufsarten zum gemeinsamen Heil ausüben.“ Hier tritt zum erstenmal in der volkswirtschaftlichen Literatur der Gedanke auf, den Boisguillebert und später Adam Smith und Bastiart zum Satz von der Harmonie der Interessen in den wirtschaftlichen Verhältnissen ausbauen. Jeder Staat soll nach dieser Lehre nur das produzieren, was er am billigsten herstellen kann, und die mit geringem Aufwand an Arbeitskraft und geringen Produktionskosten hergestellten Artikel gegen solche eintauschen, die von anderen Nationen zu den billigsten Bedingungen hergestellt werden können. Dadurch blühen die so bevorzugten Gewerbezweige in jenem Lande auf, die Arbeitskräfte wenden sich ihnen zu, und so entwickelt jedes Land aus den natürlich gegebenen Bedingungen seine höchste wirtschaftliche Macht. Das klingt deshalb so plausibel, weil hier die Verhältnisse zwischen den einzelnen konkurrierenden Ländern der Konkurrenz der einzelnen Gewerbetreibenden im einzelnen Lande gleichgestellt werden. Dieser Satz ist auch unbestreitbar richtig unter der fiktiven Voraussetzung, daß es nicht bloß einen Gott, sondern auch ein politisches Reich auf der ganzen Welt gäbe. Das ist nun einmal nicht der Fall. Sondern es gibt viele Reiche, und die Wirtschaftsgebiete dieser Reiche müssen für die einzelnen Staaten Steuerquellen abgeben, und wenn jeder Staat den Versuch machen wollte, nur mit den alten, ihm von der Tradition überlieferten Erwerbszweige zu arbeiten, so würden sehr bedenkliche Zustände entstehen. Setzen wir den Fall, wir seien in einem Erwerbszweig lange Zeit hindurch das leistungsfähigste Land gewesen, leistungsfähig wegen der hochentwickelten Technik unserer Werkzeugmaschinen, leistungsfähig, weil im eigenen Lande billig der Rohstoff uns zuwuchs. Die Rohstoffmengen, die wir über die inländische Erzeugung hinaus gebrauchten, sollen aus einem fernen Land zu uns zu billigen Preisen gebracht worden sein. Dieser

blühende Erwerbszweig hatte es den Unternehmern ermöglicht, dem Drängen der Arbeiterorganisationen auf höhere Löhne nachzugeben. Nun kommen findige Köpfe in dem Land, das uns die Rohstoffe billig ins Haus liefert, auf die Idee, an Ort und Stelle zu produzieren. Die Technik ist dort noch rückständig. Aber das verschlägt nichts, weil die Arbeitkräfte dort viel, viel billiger sind. Tatsächlich kann dieses Land nicht nur den Weltmarkt, sondern auch uns viel billiger versorgen, als wir es selbst können. Was sollen wir nun machen? Nach der Lehre der Freihändler müssen wir die Fabriken schließen, Tausende von Arbeitern entlassen, die bisher hoch bezahlt waren, denn nach dieser Lehre kommt es auf das Wohl und Wehe des einzelnen Produktionszweiges gar nicht an, denn das, was der eine Zweig verliert, wird irgendeinem anderen zugute kommen. Ein Ausweg bleibt allerdings: Wir können unsere Technik so weit verbessern, daß wir wieder die Leistungsfähigsten werden. Wir können das theoretisch natürlich. Praktisch hat das nicht nur einige Schwierigkeiten, sondern vor allem entsteht zum mindesten eine Uebergangszeit, die unseren Wohlstand auf das schwerste schädigt. Aber was kümmert das den Freihändler. Denn: „das zweckmäßigste Mittel zur Förderung der Produktion ist der Freihandel.“

Ich sagte, das demokratische Programm sei unhistorisch. Das ist es beträchtlich, unter zweierlei Gesichtspunkten. Zunächst ist es unhistorisch, weil wir nun einmal in einer Welt der Schutzzölle leben. Wir können heute ganz ununtersucht lassen, ob eine Reihe von Industriezweigen in Deutschland von Natur berechtigt ist oder nicht. Es muß uns genug sein, daß sie existieren. Und wenn wir heute die Zölle einreißen wollen, so schädigen wir diese Industrien und die Tausende von Arbeiterexistenzen, die mit ihnen verkettet sind, auf das schwerste. Man kann den Freihandel als erstrebenswertes Ziel hinstellen. Aber man kann ihm Boden nur dadurch gewinnen, daß man durch vertragliche Einigung oder durch politische Einheit wirklich eine Reihe von Staaten zu gemeinsamen Tauschgesellschaften zusammenfaßt. Aber mit apodiktischer Sicherheit den Freihandel als die Stütze der Produktion hinstellen, ist eine demagogische Spielerei, die besonders für die Partei, die sich solche Spielerei leistet, nicht ungefährlich ist, weil nur noch die dümmsten Wähler daran glauben.

Aber zweitens ist dieser so geistreich klingende Fundamentalsatz auch deshalb nicht unhistorisch, weil er die Geschichte der wichtigsten Industrien in den einzelnen Ländern geradezu auf den Kopf stellt. Wo in der Welt hat sich denn überhaupt eine Industrie großen Stiles ohne Protektion entwickelt? Große

Zweige der englischen Textilindustrie sind emporgekommen, dadurch, daß man aus Deutschland Weber und Wirker importierte, und daß man jahrelang mit drakonischen Maßnahmen die auswärtige Konkurrenz fernhielt. Dann erfand England den Freihandel. Allerdings muß zugegeben werden, daß Adam Smith den Freihandel als Weltbeglücker predigte. Aber die, welche die Freihandelsdoktrin für England akzeptierten, taten es nur, weil England durch seine Technik und durch die jahrelange Produktion bestimmter Erwerbszweige sich als Warenmagazin der Welt führte, und weil man durch allgemeine Verbreitung der Freihandelsdoktrin verhindern wollte, daß auch in anderen Ländern mächtige Konkurrenz emporblühte, bevor sie durch Englands ungeheure Warenmassen niederbombardiert werden konnte. Bei den englischen Schriftstellern des 17. Jahrhunderts tritt oft wie bei Omer de Lacroix der Gedanke in den Vordergrund, daß das Volk billig Waren kaufen muß. Aber gleichzeitig propagiert doch Thomas Mun die Idee, die Silberausfuhr freizugeben, weil dadurch England den Zwischenhandel in orientalischen Waren erwerbe und sich „auf Kosten der Staaten bereichern“ könne. Im übrigen füge ich in Parantese ein, daß in England unter dem Freihandelssystem teilweise dieselben Vorgänge sich abspielten, für die man heute den Schutz Zoll verantwortlich macht. Heute klagt man darüber, daß Unternehmer aus zollgeschützten Industrien ins Ausland auswandern. Dabei vergißt man aber ganz, daß zahlreiche englische Unternehmer in Ostindien Baumwollspinnereien angelegt haben und damit die englische Baumwollindustrie in starke Bedrängnis brachten.

England hat den Freihandel propagiert, solange wie es glaubte, die Konkurrenz im Auslande niederhalten zu können. Und so lange die Propheten des deutschen Freihandels, die Schippel mit Recht als Freihandelshausiererbuschen bezeichnet hat, für ihre Lehren in Deutschland Gläubige fanden, hat auf deutschem Boden eine kraftvolle Industrie nicht zu erblühen vermocht. Auch die deutsche Industrie ist ein Kind des Schutzzolles. Und die Frage, ob wir diese Schutzzölle heute gefahrlos ermäßigen können, erheischt fachmännische Untersuchung von Fall zu Fall. Aber eine politische Frage ist das nicht. Und wenn wir billige Lebensmittel und Rohstoffe brauchen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß Zollfreiheit für Industrieprodukte etwas anderes ist, als Selbstmord, besonders in dem Moment, wo England den Schutz Zoll erwägt und Amerika gar nicht daran denkt, seine Schutzzölle abzuschaffen. Eine politische Partei, die solchen Phantomen nachjagt, muß sich von vornherein zur Einflußlosigkeit verdammen.

Ein neues Verkehrsmittel.

Von Dr. Ernst Klemke-Berlin.
Direktor der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft.

Man denke sich das Eisenbahnnetz Europas in der Weise ausgebaut, daß jeder Staat und jedes Staatlein für seine Bahnen eine eigene Spurweite hätte und den Verkehr unabhängig von den Bedürfnissen der anderen Staaten einrichtete. Es würde gewiß nicht lange dauern, und im Wege internationaler Abmachungen würde diesem für den modernen Verkehr unerträglichen Zustande ein Ende gemacht werden, und die Aufwendungen, die zu dem eigentlichen Ausbau nötig wären, würde man als gute volkswirtschaftliche Anlage betrachten. Das Verkehrsbedürfnis würde dabei weder nach Souveränitätsrechten der einzelnen Staaten, noch nationalen Eigentümlichkeiten, historischen oder ästhetischen Bedenken fragen.

Nicht ganz so, aber ähnlich verhält es sich mit dem allernotwendigsten und allgemeinsten Verkehrsmittel, der Sprache. Die Sprachen haben sich wegen der gesellschaftlichen Natur der Menschen aus dem dringendsten Verkehrsbedürfnis entwickelt, sie sind kein Göttergeschenk, das jedem Volk als unveränderlich weiterzugebendes Erbe in die Wiege gelegt wurde, eine vollkommene Gabe für das in sich geschlossene Leben der Volksseele, sondern sehr unvollkommene Schöpfungen von Menschengemeinschaften, und wie diese und ihre Bedürfnisse steter Aenderung unterworfen. Je abgeschlossener diese Gemeinschaften voneinander lebten, je verschiedener ihre Erfahrungen und Vorstellungen vom Leben, von der Welt waren, um so verschiedener waren natürlich auch ihre Sprachen.

Jetzt gibt es in Europa weder voneinander unabhängige Kultur- noch Wirtschaftskreise. Ein Staat ist auf den anderen, ein Volk auf das andere angewiesen. Was die heutige Kultur durch den Fortschritt der Wissenschaft und der Technik auf allen Gebieten des Lebens gebracht hat, ist Allgemeingut der ganzen Kulturwelt, von der Buchdruckerkunst bis zum Streichholz und dem elektrischen Licht, Post, Telegraph, Telephon, Benzin, Oöl und Heidsieck Monopol, Geld, Banknoten und Schecks. Wo dieselben Gegenstände, dieselben Einrichtungen und Begriffe in gleicher Weise bekannt sind, da sollte man annehmen, daß es auch möglich wäre, sie überall unter einer und derselben Bezeichnung zu verstehen. Hätte sich die Sprache so von Anfang an gebildet, wie sie sich jetzt überall erweitert, jedenfalls was den Wortschatz betrifft, so gäbe es auch überall dieselben Ausdrücke für dieselbe Sache; es würde keinem Entdecker einer neuen Sache, z. B. des Radiums, eintallen, ihr so viele Namen zu geben, als es Völker gibt.

Mag die Muttersprache bleiben, was sie ist, der Spiegel eines Lebens, wie es sich nur bei dem eigenen Volke, dem eigenen Stamme, der eigenen Familie entwickelt hat: wie sich bei jedem Volke

neben der Unzahl der von Ort zu Ort verschiedenen Mundarten eine einheitliche, allen Volksgenossen verständliche sogenannte Schriftsprache herausgebildet hat, so kann und wird neben den verschiedenen Sprachen eines und desselben Kulturkreises eine in dem ganzen Kreise verständliche zweite Sprache neben den verschiedenen Muttersprachen entstehen.

Aus den verschiedensten Gründen, auf die hier einzugehen zu weit führen würde, kann das nur eine künstliche, auf Grund allgemeiner Vereinbarung eingeführte Sprache sein. Das Wort „künstliche Sprache“ erschreckt oder empört manchen, der sich mit Seelenruhe künstliche Zähne einsetzen läßt und sehr vergnügt ist, daß er mit ihnen genau so gut kauen kann wie mit natürlichen. Dabei sind die Sprachen keineswegs organischer Natur, sondern Gebilde, die sich durch eine Reihe von Zufällen und Willkürlichkeiten aufgebaut haben, und bei denen die fortschreitende Vereinfachung und Regelmäßigkeit eine Folge der Bequemlichkeit und einer öfter falschen als richtigen Analogie-Tätigkeit ist. Was heute allein „richtig“ ist, ist früher manchem faulen Schüler als Fehler angestrichen worden, bevor es sich durch weitergehenden, von der früheren Regel abweichenden Mißbrauch zum allgemeinen Gebrauch durchgesetzt hat.

Aber wie natürlich und organisch man immer die Sprachen betrachten möge, für ein allgemeines Verständigungsmittel, das nicht die Aufgabe hat, die natürliche Sprache zu verdrängen oder in allen Beziehungen zu ersetzen, kommt es darauf nicht an. Es ist ebenso unmöglich, eine natürliche Sprache, die mit unzähligen Fasern an das Leben einer Reihe von Geschlechtern gebunden ist, künstlich herzustellen, wie man einen natürlichen Zahn bauen kann. Aber man kann Ersatz schaffen. Die Sprache ist nur ein Mittel, die Vorstellungen des einen auf den anderen zu übertragen. Kann auch die Stimme eines Menschen, die erste Uebersetzung eines Gedankens in das Wort, von Petersburg nach Paris nicht durch das sonst bekannte Mittel, die Luft, übertragen werden, so erreicht man durch das Telephon, eine sehr künstliche Einrichtung, denselben natürlichen, der sonstigen Weise entsprechenden Erfolg.

So wenig man sich heute als Kaufmann oder ganz allgemein als Kulturmensch ein Leben ohne Telephon vorstellen kann, so wenig wird man später begreifen, daß die Kulturmenschheit nicht schon eher zu einer internationalen Hilfssprache gekommen war. Welchen Vorteil gerade der Kaufmann aus einem einfachen internationalen Verständigungsmittel haben würde, liegt so klar auf der Hand, daß es nicht nötig ist, näher darauf einzugehen. Wieviel Zeit und Mühe und Geld dadurch gespart

wird, ganz abgesehen davon, was jetzt die Erlernung der hauptsächlich gebräuchlichen fremden Sprachen kostet, das erschließt sich erst einer genaueren Betrachtung der Veränderungen, welche die Einführung der Hilfsprache allmählich mit sich bringen würde.

Wer einmal tiefer in diese Fragen eingedrungen ist, und wer sich davon überzeugt hat, daß eine solche Hilfsprache in einer dem Unkundigen kaum vorstellbaren Einfachheit und reichen Verwendbarkeit nicht nur möglich, sondern seit einer Reihe von Jahren schon vorhanden und auf der ganzen Erde im praktischen Gebrauch ist, der findet es unbegreiflich, daß die großen Männer der Wirtschaft, deren Hauptbeschäftigung es ist, die Bedürfnisse des Lebens erkennen und befriedigen zu lernen, sich so wenig darum kümmern.

Vor 25 Jahren war es eine Seltenheit, daß jemand, abgesehen von den Berufsschreibern der Parlamente, stenographieren konnte. Heutzutage ist es eine Seltenheit, daß ein junger Mann, der in ein Geschäft eintritt, nicht stenographieren kann, und dabei wird die Stenographie noch immer nicht allgemein in den Schulen gelehrt, namentlich in Deutschland, dank einer nationalen Eigentümlichkeit, die auch jetzt dem Esperanto, der bisher allein im praktischen Gebrauch befindlichen Hilfsprache, gefährlich zu werden droht. Die Deutschen sind sonderbare Leute; kaum war eine praktisch brauchbare Kurzschrift erfunden, als jemand nachwies, daß sie besser sein könnte, und den Ehrgeiz hatte, aus einigen wirklichen oder vermeintlichen Verbesserungen ein eigenes System der Welt zu schenken. So kam System auf System, und da sich die Kultusminister nicht entscheiden können — es könnte ja noch ein besseres erfunden werden —, so wird keines in die Schule eingeführt.

Wenn man es mit der Hilfsprache ebenso machen will, dann wird auch ihre allgemeine Einführung noch lange auf sich warten lassen. Prof. Wilhelm Ostwald, früher ein begeisterter Anhänger des Esperanto, will jetzt einen Teil des ihm zugefallenen Nobelpreises dazu verwenden, eine Spaltung in der bisher einheitlichen Hilfsprachenbewegung herbeizuführen, indem er Ido, ein angeblich verbessertes, in Wahrheit verschlechtertes Esperanto unterstügt. Demgegenüber sollten alle, die ein Interesse für Kultur und Dekonomie haben, dafür eintreten, daß Esperanto, das nunmehr seit 20 Jahren seine praktische Brauchbarkeit unwiderleglich bewiesen hat, durch Kleinliche ästhetische oder logische Bedenken, die mit den praktischen Zwecken der Sache nichts zu tun haben, in seinem Siegeszuge nicht gehemmt wird. Wer da behauptet, wir bräuchten Esperanto nicht, weil wir Englisch und Französisch haben, denkt nicht sehr weit. Er ist kurzsichtiger oder in persönliche Interessen verstrickter als der Posthalter, der die Eisenbahn für überflüssig hielt, weil er seine Postkutsche hatte. Uebrigens gehören gerade die Engländer, die doch praktische Leute sind und es anscheinend am wenigsten nötig hätten, zu den eifrigsten Vorkämpfern für Esperanto.

Merkwürdigerweise stehen dem Esperanto die öffentlichen Behörden objektiver und weiterschauender gegenüber als die Hauptvertreter der Wirtschaft, von denen man sonst annimmt, daß sie die Bedürfnisse der Zeit schneller und besser erkennen. Bei den letzten Kongressen in Dresden, Gotha und Barcelona hatten die Landesfürsten das Protektorat übernommen, und Minister und andere Vertreter der Regierungen und der städtischen Behörden hielten Ansprachen, in denen sie erklärten, daß sie die Esperantobewegung für eine für den Fortschritt der Kultur hoch bedeutende Angelegenheit betrachteten, welche die ernsteste Würdigung und Unterstützung verdiente. Außer den eben genannten Regierungen waren bisher vertreten die Regierungen von Belgien, Norwegen, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Mexiko und Japan. Zu dem Kongress in Barcelona hatte die spanische Regierung selbst durch ihre Gesandten die anderen Regierungen eingeladen. Auch die Auszeichnungen, die der Schöpfer des Esperanto von verschiedenen Staaten erhalten hat — unter anderen hat ihn zuletzt Frankreich zum Ritter der Ehrenlegion, Spanien zum Kommandeur des Ordens Isabellas der Katholischen gemacht —, sprechen für die Anerkennung seines Wertes. Der volle Wert Esperantos, nicht nur als internationalen Verständigungsmittels, sondern auch als eines Mittels für die Schulung des Denkens, wie sie die Erlernung einer fremden Sprache mit sich bringt, und Esperanto in besonders hervorragendem Maße, — als eines Mittels ferner, unsere Jugend von der jetzigen Ueberbürdung zu entlasten, — das alles kann erst zur richtigen Geltung kommen, wenn Esperanto in sämtlichen Schulen eingeführt wird. Bis dahin werden aber die Regierungen noch mancherlei abwarten wollen und wohl auch müssen. Hier muß das praktische Leben vorarbeiten.

Wenn hervorragende, in internationalen Beziehungen stehende Banken und Handelshäuser ein Abkommen träfen, daß sie sich für die internationale Korrespondenz nur des Esperanto bedienen wollen, so wird in kurzer Zeit selbstverständlich sein, was jetzt vielen eine Unmöglichkeit oder eine Ungeheuerlichkeit erscheint; die vielbeschäftigten Herren, die jetzt an der Spitze dieser Unternehmungen stehen, bräuchten Esperanto nicht einmal selber zu lernen, — sie bräuchten es nur von ihren Untergebenen zu verlangen, und sie würden kaum je in Verlegenheit kommen.

Ein Mensch mit moderner Bildung braucht, um Esperanto lesen zu können, gar keine besondere Mühe aufzuwenden, und selbst um es schreiben zu können, wird er kaum mehr Zeit und Arbeit auf die Sache zu verwenden brauchen, als etwa notwendig ist, um sich in die Einzelheiten eines neuen Geschäftes einzuarbeiten. Die Aeußerung, die man leider nicht selten hört, man brauche Esperanto nicht persönlich und werde es erst lernen, wenn es allgemein eingeführt sei, sollte eines gebildeten Menschen unwürdig sein, und ebenso unwürdig sollte es sein, über eine Sache absparend zu urteilen, die man nicht oder nur ganz oberflächlich kennt.

Revue der Presse.

Aus den Tendenzberichten über den Börsenverkehr gewinnt man häufig ein schiefes Bild von dem Umfange einer Kursbewegung. Es sieht oft so aus, als ob die Kurse eine außerordentlich große Steigerung erfahren haben, während in Wirklichkeit die Werterhöhung sich nur auf einzelne Papiere erstreckt und dadurch das Gesamtbild beeinflusst wird, obgleich die Mehrzahl der Werte keine Steigerung erfahren hat. Einen lehrreichen Beweis hierfür bietet die neueste Veröffentlichung der Frankfurter Zeitung (9. Januar) über die

Börsenkurse im Dezember.

Obgleich nämlich dieser Monat fast durchgehends eine Tendenzbestätigung brachte, betrug der Durchschnittskurs für die Hälfte der an der Berliner Börse zugelassenen Werte nur 104,22% gegen 104,15% im November 1909. Im Dezember 1908 ergab er allerdings nur 100,03%. Damit ist noch nicht der höchste Durchschnittskurs des Jahres 1909 erreicht; dieser bestand Ende September mit 104,56%. Man könnte nun meinen, die geringfügige Steigerung hänge damit zusammen, daß die Rentenwerte während derselben Zeit gesunken sind. Das ist aber nicht der Fall; die Steigerung ist vielmehr für beide Kategorien ungefähr gleich. Die Dividendenwerte allein stiegen von 163,64 (im November) auf 164,03%, Ende Dezember 1908 betrug der Durchschnittskurs dieser Papiere nur 148,09%; es ist also im Laufe eines Jahres immerhin eine Besserung von durchschnittlich 15,95% eingetreten. Im einzelnen ist hervorzuheben, daß der Kurs der deutschen Staatsanleihen während des letzten Monats fast gleich geblieben ist. Eine Erhöhung (von 191,18 auf 193,07%) erzielten Lospapiere. Besonders kräftig ist die Besserung der Kurse in der chemischen und in der Montanindustrie. Auch die Gruppen Textilgewerbe und Baugewerbe stehen mit in den vordersten Reihen. Niedriger notierten die Kurse der Gruppen Versicherungsgewerbe, Verkehrsgewerbe und Leder. —

Einer Aufstellung über die

Diskontsätze in 1909,

die dasselbe Blatt (4. Januar) veröffentlicht, entnehme ich folgende Angaben: Trotz der kräftigen Anspannung der Geldsätze seit dem September beträgt (infolge der vorherigen Flüssigkeit) der durchschnittliche Diskontsatz der Reichsbank in 1909 nur 3,92% gegen 4,76% in 1908 und 6,03% in 1907. Der Privatdiskont betrug 2,86% gegen 3,52% in 1908 und 5,12% in 1907. Der höchste Monatsdurchschnitt ergab in 1909: 4,46% (1908: 5,02%, 1907: 7,03%), der niedrigste Monatsdurchschnitt 1,98% (1908: 2,54%, 1907: 4,44%). Die Jahresdurchschnittsätze der offiziellen Diskontsätzen betragen in London 2,82% (1908: 3,04%, 1907: 4,03%), in Paris 3% (3,05 bzw. 3,46%), in Wien 4% (4,25 bzw. 4,89%), in Amsterdam 2,88% (3,38 bzw. 5,1%). —

Trusts Botschaft

über die Trusts hat zu besonders erwähnenswerten Präerörterungen nach ihrem Erscheinen wenig Anlaß gegeben, zumal die Botschaft noch nicht in ihrem Wortlaut vorliegt. Vor ihrer Veröffentlichung besprach der Berliner Börsen-Courier (6. Januar) die hier angeschnittenen Fragen.

Die Kontrolle der Eisenbahnen durch die zwischenstaatliche Kommission, deren Kompetenz jetzt erweitert werden soll, ist nach den in der Union herrschenden verfassungsrechtlichen Grundlagen das einzige Mittel, durch das der Staat die Politik der großen Eisenbahngesellschaften beeinflussen kann. Die amerikanischen Antitrustgesetze sind deshalb so extrem, weil die gesetzgebenden Körperschaften den Wünschen ihrer Wähler nachkommen wollten, gleichzeitig aber doch wußten, daß die Eiztheit, die in der Union bei der Durchführung von Gesetzen angewandt wird, einen Ausgleich gegen die undurchführbaren Maßnahmen der Parlamente bilden werde. Aus diesem Grunde ist auch der Vorschlag auf eine einheitliche Regelung des Aktienrechtes durch die Bundesgesetzgebung gemacht worden, ein Vorschlag, der ja auch in der Botschaft Widerhall gefunden hat. Der Artikel erinnert an die Eigentümlichkeiten der amerikanischen Sondergesetzgebung. Während einige Staaten einen gewissen Schutz für die Aktionäre haben eintreten lassen, wußten andere, besonders der Staat New Jersey, im Interesse ihrer Finanzen eine den Korporationen außerordentlich günstige Gesetzgebung zu schaffen. — Ueber die

Gründungstätigkeit im Jahre 1909

veröffentlicht die Bank in ihrem Januarheft eine Statistik, aus der sich ergibt, daß gegenüber dem Jahre 1908 eine nicht unwesentliche Zunahme zu verzeichnen ist. Es wurden 182 Aktiengesellschaften mit 226,874 Mill. *M* Kapital gegründet gegen 157 mit 172,06 Mill. *M* Kapital im Jahre 1908. Im Vergleich zum Jahre 1907 zeigt die Ziffer einen Rückgang; denn die Anzahl der Gründungen betrug damals 240 mit 327,3 Mill. *M* Kapital. Die Anzahl der Gründungen von Gesellschaften m. b. H. hat jedoch die des Jahres 1907 überholt. Es wurden 3581 Gesellschaften mit 405,4 Mill. *M* gegen 3086 Gesellschaften mit 365,74 Mill. *M* Kapital im Jahre 1908 und 2618 Gesellschaften mit 343,7 Mill. *M* Kapital im Jahre 1907 errichtet. —

Wie sehr der letzte Rückschlag der industriellen Konjunktur die

Zunahme der Frauenarbeit

begünstigt hat, zeigt eine Statistik der Arbeitsmarkt-Korrespondenz (5. Januar). Bis zum 1. Dezember 1909 waren nach der Statistik des Reichsarbeitsblattes 7,6% mehr männliche, aber 8% mehr weibliche Arbeitskräfte beschäftigt als am 1. Januar. Weit stärker tritt der Vorsprung in der Entwicklung der Frauenarbeit bei einem Vergleich mit den früheren Jahren hervor. Daraus ergibt sich, daß sich in den letzten drei Jahren die Zahl der männlichen Beschäftigten noch nicht einmal um einen ganzen Prozent, die der weiblichen Arbeitskräfte jedoch um 15 1/2% vermehrt hat. —

Wohl infolge der neuen Novelle zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb hat der Detaillistenverband der Bekleidungsindustrie den Aeltesten der Kaufmannschaft einen Vorschlag unterbreitet, ein

Einigungamt für die Beilegung von Wettbewerbsstreitigkeiten

zu errichten. Um auch von juristischer Seite ein Urteil über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit zu erlangen,

hat der Verband sich an eine Reihe von Rechtslehrern gewandt. Die Gutachten werden im Confectionair (6. Januar) ausführlich wiedergegeben. Sämtliche Gutachter stehen dem Gedanken sympathisch gegenüber. Geheimer Justizrat Professor Dr. Brummer hält die Tätigkeit eines Einigungamtes deshalb für besonders wünschenswert, weil der § 1 des Wettbewerbsgesetzes außerordentlich dehnbar und seine Tragweite schon jetzt umstritten ist. Die schlichtende Tätigkeit eines auf den Auffassungen des Gewerbestandes fußenden Einigungamtes sei daher in diesem Punkte besonders wünschenswert. Die Offizialdelikte des Gesetzes müßten selbstverständlich aus der Tätigkeit dieses Amtes ausscheiden. Ein Begriff, der hierauf zugeschnitten ist, ist jedoch das „unlautere Verhalten der Angestellten“ bei der Annahme von Schmiergeldern. Oberlandesgerichtsrat Chr. Finger schlägt vor, daß das Schiedsgericht aus einem Juristen als Vorsitzenden und zwei den geschäftlichen Kreisen, aber nicht der Konkurrenz der Beteiligten angehörenden Beisitzern gebildet wird. Geheimer Justizrat Professor Dr. Hellwig hebt noch hervor, daß eine Verpflichtung, das Schiedsgericht anzurufen, natürlich im voraus nicht allgemein begründet werden kann. Aber auch ohne diese Verpflichtung sei ein solches Einigungamt sehr zweckmäßig. —

Auf eine für die Auslegung des § 1 des

Wettbewerbsgesetzes

interessante Entscheidung des Landgerichts I macht Rechtsanwalt Dr. Max Ulsberg in der Zeitschrift *Markenschutz und Wettbewerb* (1. Januar) aufmerksam. Eine österreichische Firma, die in Berlin eine Filiale unterhält, hatte einen ihrer Direktoren entlassen. Dieser hatte in dem Geschäftshause eine Privatwohnung, die er nun (obgleich sie leer stand) zu folgender Reklame benutzte: Er brachte an den Fenstern Plakate an, worauf zu lesen stand, daß der „bisherige Leiter und erste Direktor“ der Wiener Firma nunmehr in der Straße X unter der Firma Y ein Geschäft der gleichen Branche errichtet habe. Die Wiener Firma beantragte eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung der Reklame, aber die vierte Kammer für Handelsfachen lehnte den Antrag ab. § 1 des Wettbewerbsgesetzes könne keine Anwendung finden, da das Verhalten nicht gegen die guten Sitten verstoße. Auch der Umstand, daß sich die Privatwohnung in demselben Hause wie das Geschäftslokal der Antragstellerin befindet, könne nicht dazu führen, die Reklame zu verbieten, da der Antraggegner seine Wohnung schon früher besessen und nicht zum Zwecke der Reklame gemietet habe. Auch § 823, 1 des BGB. könne nicht Anwendung finden, da die Antragstellerin nicht nachzuweisen vermocht habe, daß der Gegner ein ihr zustehendes Recht vorfäglich oder fahrlässig verletzt habe. Herr Rechtsanwalt Dr. Ulsberg hält diese Entscheidung für unzutreffend, denn die Handlungsweise des Antragsgegners trage einen illoyalen Charakter, und jede illoyale Handlung verstoße nach einer Entscheidung des Reichsgerichts gegen die guten Sitten. —

Die *New Yorker Handelszeitung* (25. Dezember) weist auf die Zunahme der

Weihnachtspost

von New York nach Europa hin. Auch hierin zeige sich die Wiederkehr prosperierender Zeiten. Während vom

1.—18. Dezember 1908 die Zahl der nach Europa abgesandten Postanweisungen 344 632 Stück betrug, wurden während derselben Zeit des Jahres 1909 485 151 Postanweisungen befördert. Der Gesamtbetrag hat eine Erhöhung von 5,226 auf 7,524 Mill. *M* erfahren. —

Die Gesamtsumme der deutschen

Emissionen im Jahre 1909

beträgt nach dem Kurswert der Statistik der Frankfurter Zeitung (5. Januar) 3222,41 Mill. *M* gegen 3156,71 Mill. *M* in 1908 und 1899,96 Mill. *M* in 1907. Davon waren 2736 Mill. *M* (2726 Mill. *M* in 1908) festverzinsliche Obligationen und 486,4 Mill. *M* (430,3 Mill. *M* in 1908) Aktien. —

Aus den Börsensälen.

Die Spekulation ist nach der ungestümen Kauflust etwas übersättigt. Darüber kann für den, der den Börsenverkehr an den letzten Tagen beobachtet hat, kaum noch ein Zweifel herrschen, denn die Kaufaufträge laufen nicht mehr in so starkem Umfange ein wie bisher, und die Kurse steigen daher nicht mehr so unentwegt weiter, ohne Rücksicht auf die sachlichen Momente, die einer Erhöhung entgegenstehen. Charakteristisch ist ja insbesondere, dass die in der Tat fortschreitende Besserung am Geldmarkte keine stärkere Nachfrage hervorgerufen hat. Die Spekulation hat eben in Erwartung der niedrigeren Zinssätze schon vorher zu umfangreiche Käufe vorgenommen. Andererseits ist jedoch die Widerstandsfähigkeit auffällig, von der die Börsentendenz beherrscht wird. Es kommt ausserordentlich wenig Material an den Markt, und wenn die Kurse etwas zurückgehen, liegt sogar noch eine grössere Anzahl von Kauflimiten vor. Man kann also nicht davon sprechen, dass die Spekulation schon in ein Stadium der Nervosität getreten ist, wie es häufig in den Zeiten einer intensiven Aufwärtsbewegung der Fall zu sein pflegt.

Bemerkenswert ist, dass die Grossbanken noch immer die Tendenz skeptisch beurteilen und in ihren Wochenberichten zur Vorsicht mahnen. Diese Stellung gibt der Börse Veranlassung zu der Annahme, dass die Banken grössere Beträge in Blanko verkauft haben. Man will wissen, dass eine Grossbank beträchtliche Summen von Montanwerten zu niedrigeren Kursen schuldig sei und nun sehnlich den Augenblick erwartet, wo sie diese Werte zurückdecken kann. Inwieweit dies zutrifft, vermag man von aussen her natürlich nicht zu wissen. Das Gerücht hat aber wohl deshalb eine gewisse Wahrscheinlichkeit, weil vielfach auch mit der Möglichkeit von Kapitalerhöhungen gerechnet wurde. Die Werke scheinen jedoch es hiermit vorläufig nicht sehr eilig zu haben, weil die Konjunkturbesserung nicht in dem raschen Tempo fortschreitet wie die Steigerung der Börsenkurse. Immerhin dürfte man sich auf Kapitalerhöhungen in absehbarer Zeit gefasst machen müssen.

In New York ist das Kursniveau stärkeren Schwankungen unterworfen, und auch die Verkündung der Taft'schen Sonderbotschaft über die beabsichtigte Aenderung des Antitrustgesetzes hat die Spekulation nicht ohne weiteres zu beruhigen vermocht. Allem Anschein nach sind die Hausseengagements in New York noch grösser als bei uns, denn jene Vorschläge des Präsidenten sind in Wirklichkeit nicht geeignet, eine grosse Beruhigung hervorzurufen. Die Berliner Börse hatte sich zunächst von der Gestaltung des New Yorker Verkehrs vollkommen emanzipiert, aber in den letzten Tagen sich doch stärker beeinflussen lassen. Sie legte hierbei nicht etwa grösseres Gewicht auf die sachlichen Gründe, die für die New Yorker Abschwächung angegeben wurden, sondern es wurde rein mechanisch der New Yorker Börse gefolgt, eben weil die Positionen dazu angetan waren.

Begünstigt wird die Zurückhaltung der Hausse Spekulation auch durch den bevorstehenden Beginn der englischen Wahlen. Gibt sich die Börse auch nicht sehr ernsthaften Betrachtungen darüber hin, ob die Konservativen oder Liberalen den Sieg davontragen werden, so verhehlt sie sich doch nicht, dass Ueberraschungen bevorstehen können und bei einem konservativen Siege auch für Deutschland durch die eventuelle Einführung des Schutzollsystems eine Gefahr erwachsen werde. Endlich kommt noch hinzu, dass wiederum die Möglichkeit eines Bergarbeiterausstandes nicht für völlig ausgeschlossen gehalten wird, da die Anwerbung ostpreussischer Landarbeiter durch die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft die Gärung unter den Bergarbeitern vermehrt hat. Man kann aber nicht etwa behaupten, dass die Börse den beiden letzten Momenten eine sehr grosse Beachtung schenkt.

Auf dem Kassaindustriemarkt waren die Kursschwankungen grösser als an den Ultimomärkten, weil sich hier mehr die kleine Spekulation betätigt. Eine gewisse Widerstandsfähigkeit liess sich jedoch auch hier beobachten. Eine ausgesprochen schwache Haltung hatten Kaliwerte, weil in der letzten Zeit auf den von der preussischen Regierung beim Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf und auf die Erwartung einer Einigung mit den Amerikanern umfangreiche Käufe vorgenommen worden waren. In bezug auf die Wirkung des Gesetzentwurfs gibt sich die Börse unverändert optimistischen Hoffnungen hin; das konnte jedoch nicht hindern, dass die Ergebnislosigkeit der amerikanischen Verhandlungen arg verstimmt und zu Positionslösungen führte. — Für Kolonialanteile war an einigen Tagen vermehrtes Interesse zu beobachten, und daraufhin wurden auch sofort die Anteile der Akt.-Ges. für Verkehrswesen von der Börsenspekulation aus dem Markt genommen. Man sprach wieder von neuen Diamantenfunden in Südwestafrika, aber bedauerlicherweise ist weder von amtlichen Stellen noch von den Gesellschaften eine Bestätigung zu erlangen. Es soll ein Diamant von 10 Karat auf dem Gebiete der Diamantenregie gefunden worden sein, und daraus zog man den Schluss, dass auch weitere Funde so grosser

Diamanten erfolgen werden. Noch immer spielen an der Börse die Privatdepeschen eine grosse Rolle, die von einigen in Südwestafrika wohnenden, offenbar an Börsenspekulationen beteiligten Privatleuten an die hiesigen Bankiers, die den Handel in Kolonialwerten pflegen, gerichtet werden. Es sollte doch endlich dafür gesorgt werden, dass eine eingehende offizielle Berichterstattung diese schwer kontrollierbaren Privatmeldungen ersetzt.

Nicht ohne allgemeines Interesse ist die Kurssteigerung, die die Aktien der Vogtländischen Maschinenfabrik A.-G. erzielt haben. In den letzten Tagen ist allerdings auf Realisationen der früheren Käufer eine leichte Abschwächung erfolgt. Die Steigerung hängt damit zusammen, dass die Gesellschaft einen sogenannten Stickautomaten herstellt, d. h. eine Maschine, die die Stickmuster selbsttätig einstellt und menschliche Beaufsichtigung überflüssig macht. Wie die Deutsche Tageszeitung meldet, sollen in den letzten Wochen Bestellungen in Höhe von mehr als 6 Mill. *M.* allein aus der Schweiz eingegangen sein. An der Börse wird indessen erzählt, dass die Vogtländische Maschinenfabrik in Gemeinschaft mit der Akt.-Ges. Feldmühle in Rorschach von dem amerikanischen Erfinder nur die Lizenz für die Schweiz übernommen habe. Dagegen soll auch die Maschinenfabrik Kappel einen solchen Apparat neuerdings an den Markt bringen, der angeblich erheblich billiger ist als der von der Vogtländischen Maschinenfabrik fabrizierte. Da von der Verwaltung der Maschinenfabrik Kappel regelmässig Auskünfte an die Presse verweigert werden, muss ich dieses mit Bestimmtheit auftretende Gerücht unter Vorbehalt wiedergeben.

Besonders starken Schwankungen war die Kursbewegung zweier Papiere unterworfen, der Deutschen Gasglühlicht-(Auer)Aktien und der Aktien der Wollwarenfabrik „Mercur“. Auer gingen zuerst im Kurse zurück, weil bekannt wurde, dass die Firma Gebr. Mannesmann vor dem Reichsgericht einen Prozess gewonnen hat, so dass ihre Patente für hängendes Gasglühlicht nunmehr anerkannt werden. Irrtümlicherweise nahm die Börse daher an, dass auch die Auer-Gesellschaft diesen Glühkörper nicht mehr herstellen dürfe. Bald wurde jedoch bekannt, dass der Prozess gerade umgekehrt für Auer günstig sei, weil sie bereits mit der Mannesmann-Gesellschaft einen Lizenzvertrag besitzt, während die meisten übrigen Gesellschaften nunmehr die Fabrikation einstellen müssen. — Die Aktien der Wollwarenfabrik „Mercur“ erzielten zuerst eine beträchtliche Kurssteigerung, indem mit Bestimmtheit Gerüchte auftauchen, wonach für das am 30. November ablaufende Geschäftsjahr mit einer erheblich höheren Dividende zu rechnen sei. Es wurden Taxen bis zu 18% (teilweise noch höhere) gegen 15% i. V. verbreitet. Bald trat eine Reaktion ein, weil die Gesellschaft einem hiesigen Blatt mitteilte, von einer Dividende in Höhe von 18% und darüber könne keine Rede sein. Zugegeben wurde, dass eine etwas höhere Dividende zur Verteilung gelangen soll. Wenn der Kurs inzwischen auch keine neue Steigerung erfahren hat, so hält die Börse doch an der Auffassung fest, dass diese Mitteilung nicht ganz zutrifft. Sie glaubt wenigstens,

dass eine den Taxen entsprechend hohe Dividende zur Verteilung gelangen kann, weil die Gesellschaft so gut beschäftigt sein soll, wie kaum zuvor seit ihrem Bestehen. Es ist schwer, sich unter diesen Umständen ein zutreffendes Urteil zu bilden. Die Gesellschaft solle jedoch die Vollendung ihres Abschlusses beschleunigen und ihn möglichst rasch der Öffentlichkeit übergeben. bb.

Omschau.

bb. Ehrenprozess. Das Ehrengericht für die Berliner Börse ist vor einigen Tagen zusammengetreten, um über eine Anklage gegen die Firma Mackensen & Scholz zu verhandeln. Ueber den Prozess ist in den Zeitungen berichtet worden; nicht, weil er von grösserem Interesse ist als die Mehrzahl der Ehrengerichtsprozesse, sondern weil diese Verhandlung ausnahmsweise einmal in voller Öffentlichkeit stattfand. Das Börsengesetz ist davon ausgegangen, dass die Öffentlichkeit im Hauptverfahren nicht ohne weiteres anzusprechen ist, weil ein berechtigtes Interesse vorliegen kann, geschäftliche Angelegenheiten geheim zu halten. Andererseits hat das Börsengesetz jedoch dem Staatskommissar wie dem Beschuldigten das Recht eingeräumt, die Öffentlichkeit der Verhandlung herbeizuführen. Stellt eine der beiden Parteien einen solchen Antrag, so ist das Ehrengericht ohne weiteres zur Herstellung der Öffentlichkeit verpflichtet. Der frühere Staatskommissar hat nun von diesem Rechte fast niemals Gebrauch gemacht, obgleich ohne Zweifel die öffentliche Verhandlung in den meisten Fällen ebenso sehr im Interesse der Ankläger wie der Beschuldigten liegen wird. Nur wenn die Verhandlung in voller Öffentlichkeit geführt wird, ist auch eine Gewähr dafür gegeben, dass unzutreffende Urteile in der Presse kritisiert werden. Beim Börsen Ehrengericht liegt aber für die Beschuldigten ein Anlass, die Öffentlichkeit der Verhandlung zu beantragen, noch aus einem besonderen Grunde vor. Es gibt für das Verfahren vor diesem Gericht keine Prozessordnung, und darum ist die Möglichkeit, dass der Beschuldigte nicht völlig zu seinem Recht kommt, bei diesem Gericht weit eher gegeben, als bei den ordentlichen Gerichten. Aus Anlass meines Ehrengerichtsprozesses im Jahre 1908 ist ja auf den Mangel einer Prozessordnung vielfach hingewiesen worden, und es besteht kein Zweifel darüber, dass bei einer nochmaligen Revision des Börsengesetzes diesem Punkte ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Liegt die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung schon in den meisten Fällen im Interesse des Beschuldigten, so wird auch der Staatskommissar ein gleiches Interesse haben. Er bildet zwar beim Ehrengerichtsverfahren nicht die Anklagebehörde, aber da es seine Funktion ist, die Aufsicht über die Börse auszuüben, so muss sein Bestreben auch mit darauf gerichtet sein, dafür zu sorgen, dass die Börse von schädlichen Elementen befreit wird, besonders dann, wenn durch diese Elemente nicht allein die Börsenkreise, sondern weitere Kreise des Publikums geschädigt werden. Wenn das Ehrengericht daher gegen den Inhaber einer Firma ver-

handelt, die durch ihre Geschäftsabschlüsse ihre Kommitenten in einer die Ehre oder das kaufmännische Vertrauen verletzenden Weise geschädigt hat, so liegt für den Staatskommissar aller Anlass vor, die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung herbeizuführen. Ganz besonders ist dies der Fall, wenn es sich um eine Firma handelt, die nur sehr wenig Börsengeschäfte abschliesst, dafür aber um so mehr Effektengeschäfte mit dem Publikum. Denn die schärfste Strafe, die das Ehrengericht verhängen kann, ist der dauernde Ausschluss von der Börse; selbst durch dieses Verdikt aber wird eine solche Firma nur sehr unwesentlich getroffen. Alle Bucketshops pflegen, ebenso wie die „Bankgeschäfte“, deren Geschäftszweig nur in der Gründung fauler Bohrgesellschaften und dem Verschleiss der Anteile an unerfahrene Privatleute besteht, ihre Zulassung zum Börsenbesuch nicht deshalb zu beantragen, weil sie hier Börsengeschäfte abschliessen wollen. Der Börsenbesuch ist vielmehr für sie nur ein Aushängeschild, ein Freibrief für allerhand bedenkliche Manipulationen. Viele Leute haben nämlich einmal davon etwas gehört, dass an der Börse nur Firmen zugelassen sind die ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen, und glauben daher irrtümlicherweise, dass sie gegen die Insolvenz einer Bankfirma geschützt sind, wenn diese sich durch den Börsenbesuch ausweisen kann. Aus diesem Grunde pflegen solche Firmen ihrer Kundschaft gegenüber auch immer damit zu operieren, dass sie an der Börse zugelassen sind. Die Börse als solche mag sich nun hinreichend geschützt fühlen, wenn sie einer unlauteren Firma die Tür verbietet. Aber der Staatskommissar hat weitergehende Interessen zu vertreten. Es ist daher dringend zu wünschen, dass mit der Geheimniskrämerei bei dem Ehrengericht auch in Zukunft ein Ende gemacht wird, und wenn nicht ganz besondere, entgegengesetzte Interessen auf dem Spiele stehen, die Verhandlungen öffentlich geführt werden.

* * *

Die Firma Mackensen & Scholz gehört zu den eben gekennzeichneten Bankgeschäften. Sie hat in Galizien eine Oelbohrgesellschaft „Max“ gegründet und hiervon Anteile in Höhe von ca. 65 000 *M* an eine Frau v. d. Osten in Umtausch gegen kursfähige und meist gute Wertpapiere verkauft. Die Form dieser Veräusserung erfolgte schon in sehr merkwürdiger Weise. Denn es wurden nicht irgendwelche Anteile einer selbständigen Gesellschaft veräussert, sondern die Käuferin erhielt nur einen entsprechenden Anspruch an die Firma Mackensen & Scholz, also so eine Art Unterbeteiligung, wie dies leider beim Verkauf von G. m. b. H.-Anteilen an Unkundige zuweilen üblich ist. Weder aus der Gründung der Oelgesellschaft selbst noch aus der Form des Verkaufs wurde jedoch die Anklage hergeleitet. Das Ehrengericht hat wohl (und nicht ganz mit Unrecht) angenommen, dass es ausserordentlich schwer ist, die Wertlosigkeit eines solchen Unternehmens zu beweisen, und noch viel schwerer, den Beweis zu führen, dass der Angeklagte diese Wertlosigkeit kannte. Daher wurde die Anklage darauf gestützt, dass der Inhaber der Firma Mackensen & Scholz „in der Absicht, sich Betriebskapital zu verschaffen, Frau v. d. Osten unter Inaussichtstellung erheblicher Gewinne dazu veranlasst hat, ihre Effekten gegen die Anteile einer aus-

ländischen Bohrgesellschaft von zweifelhaftem Werte abzustossen.“ Ich würde es für berechtigt halten, eine gegen das kaufmännische Vertrauen verstossende Handlung darin zu erblicken, dass eine Bankfirma überhaupt einen Unkundigen zum Umtausch guter Papiere gegen Anteile einer Bohrgesellschaft zu bestimmen versucht. Denn dass solche Anteile ein grosses Risiko in sich bergen, ist ganz selbstverständlich. Um einen solchen Nachweis zu führen, muss aber bewiesen werden, dass der betreffende Käufer das Risiko des Besitzes von Bohranteilen nicht kannte und der Bankier ihn zum Erwerb überredet hat. Dafür ist aber in der Hauptverhandlung der strikte Beweis nicht erbracht worden, weil Frau v. d. Osten als Zeugin nicht erschienen war. Das Gericht hat in seiner mündlichen Begründung die Tatsache, dass die Anteile von zweifelhaftem Wert waren, auch nur als strafverschärfend, aber nicht als Grund der Bestrafung angeführt. Das eigentliche Delikt wurde vielmehr offenbar in der angeblichen Beschaffung von Betriebsmitteln erblickt, und der Staatskommissar, Herr Assessor Dr. Frisch, hob in seinem Plaidoyer auch diesen Punkt ganz besonders hervor. Er behauptete, dass die Firma Mackensen & Scholz erst wenige Tage nach Abschluss des Tauschgeschäfts Bohrungen vornehmen liess. Ich will ganz davon absehen, ob dies zutrifft oder nicht, ebenso wie es mir etwa fernliegt, die Firma Mackensen & Scholz (vor der ich bereits früher im Plutus gewarnt habe) in Schutz zu nehmen. Trotzdem muss darauf hingewiesen werden, dass doch unmöglich eine gegen den Ehrbegriff des Kaufmanns verstossende Handlung in der Beschaffung von Betriebsmitteln durch Verkauf von Anteilen erblickt werden kann. In diesem Punkte war also die Anklage m. E. nicht richtig aufgebaut. Trotzdem war dem Grunde nach die Verurteilung gerechtfertigt, weil die Firma in der Tat, wie der zweite Teil der Anklage behauptete, sich der Rücknahmeverpflichtung im Gerichtsprozess durch allerhand Einwendungen zu entziehen trachtete, die der rechtlichen und tatsächlichen Grundlage entbehrten und nur der Verschleppung dienten.

Kreislauf des Kapitals. Es ist eine alte Lehre, die populär ausgedrückt wird: „Wo Geld ist, da kommt Geld zu.“ Diese landläufige Spruchweisheit hat tatsächlich auch wissenschaftlich ihre Berechtigung, denn man spricht von der zunehmenden Konzentration des Kapitals und meint damit die Tatsache, dass sich in den einzelnen kapitalskräftigen Händen immer grössere Teile des Volksvermögens und namentlich der Produktionsmittel konzentrieren. Damit braucht keineswegs die sogenannte Verelendung der anderen Kreise Hand in Hand zu gehen. Im Gegenteil, der Wohlstand kann sich in allen Kreisen des Volkes heben. Aber von dem Kapitalzuwachs entfällt eine steigende Quote auf diejenigen, die vorher schon reichlich Kapitalzuwachs aufzuweisen hatten. Nur scheinbar steht diese Tatsache im Widerspruch damit, dass die grossen von einzelnen Unternehmern betriebenen Unternehmungen in steigendem Masse der Aktiengesellschaft weichen müssen. Scheinbar bedeutet das ja eine Demokratisierung des Kapitals, weil durch die Zerlegung der Betriebsmittel in einzelne Aktienteile eine grössere Beteiligung der gesamten Bevölkerung an den Unternehmungen möglich ist. Aber es ist ja keineswegs gesagt, dass jeder

Aktienteil auch einen Besitzer hat. Sondern ganz allgemein bekannt ist es, dass sich in einzelnen Händen nicht nur mehrere Aktien einer Einzelunternehmung, sondern sehr oft auch die Mehrheit sämtlicher vorhandenen Aktien befindet. In Deutschland ist es sehr schwer, sich ein Urteil darüber zu bilden, wieviel Teilnehmer denn an einer Aktiengesellschaft existieren. In England und Amerika aber, wo die Aktien auf den Namen lauten und wo die Aktienbesitzer registriert werden, ist es möglich, jeweils die Zahl der Aktienbesitzer festzustellen und damit natürlich auch die Aenderung in der Besitzerzahl zu verfolgen. Das Journal of Commerce hat vor kurzem festgestellt, dass im Jahre 1909 das Kapital von 54 leitenden amerikanischen Eisenbahn-Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 4157 Millionen Dollars sich in den Händen von 288 160 Aktionären konzentriert. Im Jahre 1908 war bei diesen Aktiengesellschaften die Zahl der Anteilseigner noch 304 912, obwohl damals das Aktienkapital nur 3876 Millionen Dollars betragen hatte. Es geht aus diesen Ziffern einmal hervor, dass die Zahl der Aktionäre verhältnismässig sehr gering ist und ferner, dass gerade vom Jahre 1908 zum Jahre 1909 eine starke Abnahme der Zahl der Aktienbesitzer stattgefunden hat. Interessant ist nun zu konstatieren, wie gross die Abnahme bei einzelnen der bekannteren Bahnen gewesen ist. Während bei wenigen Unternehmungen die Zahl der Aktionäre sich sogar etwas vermehrt und bei einer Anzahl anderer Bahnen die Aktionärzahl sich nur wenig verringert hat, sehen wir dagegen bei der Pennsylvania Bahn eine Verminderung über $3\frac{1}{2}$ Tausend, bei der Union Pacific um etwa $4\frac{1}{3}$ Tausend und bei der New York Central Bahn sogar um $4\frac{2}{3}$ Tausend. Aus den vergleichenden Uebersichten, die das Journal of Commerce gibt, geht aber auch noch eine andere ganz interessante Tatsache hervor. Danach war nämlich am Ende der Krisis 1907 die Zahl der Aktionäre verhältnismässig am grössten, weil damals viele kleine Leute zu den gesunkenen Kursen Aktien kauften. Diese Leute wollten alle nur einen kleinen Spekulationsgewinn machen und verkauften ihre Aktien mit kleiner Avance weiter an potentere Leute. Sie halten dann in der Regel die Aktien bis zum Durchbruch einer besseren Konjunktur. Inzwischen steigen die Kurse. Und in demselben Masse, wie die Kurse steigen, befestigt sich in weiten Volksmassen der Glaube, dass wieder viel zu verdienen sei. Der eine erzählt dem anderen von grossen Gewinnsten, die er gemacht hat, und schliesslich wird die allgemeine Begehrlichkeit so stark gereizt, dass unter dem Andrang der Käufer die Aktienkurse auf eine enorme Höhe getrieben werden. Jetzt verkaufen die grossen Kapitalisten mit erheblichem Gewinn, dieselben Kapitalisten, die später die Aktien, wenn das grosse Publikum daran verloren hat, wieder zurücknehmen. Die Zeit der Krisis ruft also in der Gestaltung des Volksvermögens eine Verschiebung derart hervor, dass die kleinen Kapitalisten grosse Verluste erleiden, und dass diejenigen, die zu den gewichenen Kursen die Aktien aufnahmen, nur wenige Prozente daran verdienen, um dann den grössten Teil der Verdienstmöglichkeit an ohnehin schon kapitalmächtige Personen abzugeben, so dass auf diese Weise der Konzentrationsprozess des Kapitals sich beschleunigt.

Lapp. Am 8. Januar, abends 5 Uhr, fand im Restaurant des Deutschen Hauses zu Aschersleben eine ausserordentliche Generalversammlung der Heinr. Lapp A.-G. für Tiefbohrungen statt, die sich mit der Erhöhung des Aktienkapitals um 384 000 M. zu befassen hatte; die 384 neuen Aktien sollen den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 3 : 1 zum Bezug angeboten werden. Da die Aktien sich augenscheinlich in vielen kleinen Händen befinden und keinerlei Bankiergruppe heute ein besonderes Interesse an dem Unternehmen haben dürfte, so stellte auch die Generalversammlung in der Hauptsache ein Zwiegespräch zwischen Aufsichtsrat und Vorstand dar, die vollzählig erschienen, deren Mitglieder aber in der Hauptsache gleichzeitig die Zuhörer bildeten. Vorher hatte hinter geschlossenen Türen eine Aufsichtsratsitzung stattgefunden, die sich davon überzeigte, dass irgend eine Opposition gegen die Tagesordnung nicht zu erwarten stand, und der Beschluss der Kapitalserhöhung fand dann auch einstimmig statt, ohne jedes Bedenken und ohne jeden Widerspruch. Es war ungefähr $\frac{1}{4}$ des Aktienkapitals vertreten. Nach knappen 15 Minuten konnte der Vorsitzende des Aufsichtsrats Bankier Julius Kohlen, bisher Teilhaber der Ascherslebener Bank, die Erledigung der Tagesordnung und den Schluss derselben konstatieren. Der Aufsichtsrat und Vorstand zog sich darauf nochmals zu einer Sitzung zurück, die sich über $1\frac{1}{2}$ Stunde hinzog und jedenfalls das Wesentliche des Tages gewesen ist. Ueber die diesjährigen Resultate der Gesellschaft war in der Generalversammlung nichts verkündet, trotzdem das Rechnungsjahr bereits am 31. Dez. 1909 abgeschlossen hat. Die Kapitalserhöhung wäre aber auch gar nicht begründet worden, wenn nicht pro forma eines der Aufsichtsratsmitglieder, ein Herr Knolle, der den Petroleumbohrunternehmen der Gesellschaft nahe stehen soll, den Generaldirektor und Vorbesitzer Heinrich Lapp ersucht hätte, sich zu dieser Sache zu äussern. Die Mitteilungen dieser Herren waren jedoch sehr oberflächlich und allgemein und berührten den Kardinalpunkt des Gewinn- und Verlustkontos für das letzte Geschäftsjahr kaum oder doch nicht so, dass sich irgend ein Anwesender hätte einen Vers darauf machen können. Den Aktionären muss also der Geschäftsbericht vom 6. März 1909 genügen, der wenig verheissungsvoll lautet. Wir können annehmen, dass die Kapitalserhöhung in der Hauptsache zur Ablösung der für die Geldgeber unabwequemen Bankkredite dienen soll, und dass die leider zum Teil für eigene Rechnung unternommenen ausländischen Bohrungen weiterer Mittel bedürfen. Viel Vertrauen zu dem Unternehmen dürften die ihm nahestehenden Banken z. Zt. nicht besitzen, sonst würden sie die Neuemission garantiert haben. Es wird jetzt versucht werden, die bisherigen Aktionäre zum Bezug der neuen Aktien al pari zu bewegen, die Kapitalserhöhung soll nur als durchgeführt gelten, wenn bis 1. Juli d. J. mindestens 250 000 M. Aktien gezeichnet sind. Wir glauben nicht, dass die jetzigen Aufsichtsratsmitglieder Grossaktionäre darstellen. Im Gegenteil werden sie nur ganz minimal beteiligt sein, die Aktien selbst werden sich aber in vielen kleinen Händen befinden, die z. Zt., als grosse Bewegung in dem Papier war, in die Sache hineingelockt worden sind und sich nicht rechtzeitig von ihrem Besitz zu trennen vermochten. Aber kaum eine Aktie des Berliner Kurs-

zettels hat eine so wechselvolle Geschichte wie die Lapp-Aktie. „Himmelhochjauchend, zum Tode betrübt“ ist der Aktionär schon gewesen. Höchstkursen von zirka 400 % standen Tiefkurse von weit unter pari gegenüber. So recht ein Papier, an dem Eingeweihte ihren Profit machen konnten und gemacht haben. Vor noch kaum 2 Jahren war der Mut vollständig gesunken und die Mehrheit des Aufsichtsrats war für die Auflösung des Unternehmens, das vorher 20% Dividende gegeben hatte. Unterschiede im Börsenkurse von ungefähr 300% gehören selbst bei Industrieaktien zu den Seltenheiten. Bei Lapp soll es ja jetzt eine Idee freundlicher aussehen. Der Generaldirektor sagte aus, dass über 200 Leute beschäftigt werden. Von zweifelhafter Qualität jedoch erscheinen aber dem Fernstehenden die Bohrungen für eigene Rechnung in Galizien und die Filiale in Budapest. In Stefa soll ein Rohr geplatzt sein, an dem seit 4 Monaten herumlaboriert wird, und mit Zweigunternehmen in der ungarischen Hauptstadt hat eigentlich ausser der Akt.-Ges. ganz noch kein deutsches Industrieunternehmen Segen geerntet. Man lese die Geschäftsberichte von der Sangerhäuser Maschinenfabrik Hornung & Raabe und der Bildgiesserei Gladenbeck, welche enorme Einbussen sie bei den Magyaren erlitten haben, und erstere Gesellschaft hatte ganz andere Reserven, als sie Lapp zur Verfügung stehen. Ueber diese Beteiligungen ist in der Generalversammlung mit ein paar Worten hinweggeglitten. Für die wirklichen Aktionäre wird es sich fragen, ob sie ihr Bezugsrecht ausüben sollen oder nicht. Nach unseren Wahrnehmungen in Aschersleben würden wir ihnen empfehlen, die Beantwortung dieser ersten Frage ganz nüchtern zu behandeln. Sie kann nur davon abhängig gemacht werden, dass vorher die Bilanz für das letzte Rechnungsjahr vorgelegt wird, und wir selbst würden dann ev. noch weiter gehen und die österreichisch-ungarischen Beteiligungen durch eine besondere Kommission von Sachverständigen prüfen lassen. Wenn kein Aktionär es für richtig hält, sich durch eine Interpellation und durch Rückfragen grössere Gewissheit zu verschaffen über die nächsten Chancen des Unternehmens, so hat die Presse die Pflicht, Aufklärung zu verlangen im Interesse derjenigen, die unmündig bleiben wollen. Generaldirektor Lapp gilt wohl nicht mit Unrecht als ein äusserst tüchtiger Fachmann, von dem wir aus früheren Jahren auch wissen, dass er unentwegt fleissig zu sein versteht. Neben seiner Energie stand ihm früher auch Glück zur Seite, und diesen beiden Umständen verdankt die Gesellschaft ihre guten Jahre. Die Lex Gamp hat dem Unternehmen aber einen sehr schweren Stoss versetzt, und es wird sich fragen, ob die schwer zu überschendenden ausländischen Unternehmungen einen Ersatz für die frühere inländische Tätigkeit bieten können. Zu prüfen wäre auch, ob der Vorbesitzer noch durch Besitz von Aktien an seinem Unternehmen beteiligt ist, denn auf seinen zwei Augen beruht das Wohl und Wehe der Gesellschaft wohl ausschliesslich. Es wäre also auch Aufgabe der Gesellschaft ihn an sein Unternehmen zu fesseln.

bb. Friedberg vor dem Reichsgericht. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am vorigen Freitag mit der Revision, die sowohl der Staatsanwalt wie die Verteidiger im Prozess Friedberg und

Bohn gegen das Urteil des Berliner Landgerichts I eingelegt hatten. Die Revision des Staatsanwalts war von vornherein die interessantere. Denn die Verurteilung Friedbergs erfolgte (abgesehen von einem leichten Verstoss gegen das Aktiengesetz) nur wegen Konkursvergehens, diejenige Bohns wegen Unterschlagung. Dass in beiden Fällen die Verurteilung berechtigt war, konnte aber kaum bezweifelt werden. Anders verhielt es sich mit der Revision des Staatsanwalts. Er hatte den Freispruch Friedbergs wegen Depotvergehens bemängelt und erblickte namentlich den Tatbestand des Betrages darin, dass Friedberg die Aufträge seiner Kundschaft zum Ankauf von Wertpapieren nicht ausführte. Obgleich auch der Reichsanwalt den Standpunkt vertrat, dass das Anschaffungsgeschäft des Bankiers ein Teil der Gegenleistung sei, die dem Kunden stillschweigend versprochen werde, erklärte das Gericht die Revision in diesem Punkte nicht für begründet. Man wird das schriftliche Urteil des Reichsgerichts abwarten müssen, ehe man hierzu Stellung nehmen kann. Jedenfalls ist offenbar die in den Zeitungen aufgestellte Behauptung falsch, dass das Reichsgericht die „Insichgeschäfte“ nunmehr ganz allgemein für erlaubt erklärt habe. Denn die Entscheidung erfolgt auf Grund der in dem Urteil des Vorderrichters festgestellten Tatsachen, und es ist wahrscheinlich, dass das Reichsgericht sich auf die prinzipielle Feststellung nicht eingelassen hat, sondern auf Grund der bestimmten Tatsachen in diesem Falle einen Betrug nicht erblickte. Hoffentlich wird das schriftliche Urteil die wünschenswerte Klarheit bringen. Nur in einem Punkte hat das Reichsgericht die Revision des Staatsanwalts für begründet erklärt. Ein Freispruch Friedbergs war nämlich auch von der Anklage des Vergehens gegen § 313, 1 des Handelsgesetzbuches befolgt. Nach diesem Paragraph werden mit Gefängnis und zugleich mit Geldstrafe bis zu 20 000 *M* Gründer oder Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats (einer Aktiengesellschaft) bestraft, „die zum Zwecke der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister in Ansehung der Zeichnung oder Einzahlung des Grundkapitals . . . wissentlich falsche Angaben machen.“ Friedberg hatte nun bei der Gründung der Berliner Automobilzentrale in dem Handelsregister angegeben, dass auf die Aktien $\frac{1}{4}$ des Nennbetrages eingefordert und bar eingezahlt sei und dass auf jede Aktie der eingeforderte Betrag bar eingezahlt und im Besitze des Vorstandes sei. Friedberg hatte nun die Einzahlung (gleichzeitig im Namen der übrigen Gründer, die als Strohmänner fungierten) derart geleistet, dass er von seinem Guthaben bei der Reichsbank das Geld abhob, und durch einen Rechtsanwalt dem Notar bei der Gründungsverhandlung gegen Quittung übergab. Dieser übergab es wiederum den Vorstandsmitgliedern der Aktiengesellschaft (Bohn & Lederer), die ebenfalls eine Quittung ausstellten. Die Vorstandsmitglieder überreichten das Geld Friedberg, der es nun als Bankier der Gesellschaft entgegennahm. Diese Form der Einzahlung ist bei der Gründung von Aktiengesellschaften durchaus üblich, und es ist darum recht erstaunlich, dass das Reichsgericht in diesem Punkte die Revision des Staatsanwalts für begründet erklärte. Welche Ursachen es hierzu veranlassten, wird auch in diesem Falle mit Sicherheit erst aus der schriftlichen Begründung zu ersehen sein. Es scheint jedoch,

dass es sich die Ausführungen des Reichsanwalts zu eigen machte, und daher sind schon heute einige Worte über diesen Punkt am Platze. Der Reichsanwalt erklärte, dass es dem Inhalte des Gesetzes gegenüber unwesentlich sei, ob Einzahlungen in dieser Form in der Praxis üblich sind oder nicht, ebenso, ob Friedberg zahlungsfähig gewesen sei oder nicht. Die Bareinlagen müssen nach dem Gesetze „im Besitze des Vorstandes“ sein, und das sei hier zur Zeit der Abgabe der Erklärung an das Handelsregister nicht der Fall gewesen. Der Reichsanwalt erwähnte bei dieser Gelegenheit auch, dass Staubs gegenteilige Ansicht die Billigung des Reichsgerichts nicht gefunden hat. Staub ist nämlich der Meinung, aus dem Wortlaut des Gesetzes gehe hervor, dass nur falsche Angaben „in Ansehung der Zeichnung oder Einzahlung des Grundkapitals“ strafbar sind, nicht aber auch solche über den gegenwärtigen Besitz des Geldes. Bereits im Jahre 1893 hat aber das Reichsgericht (Entsch. in Strafsachen Band 24, Seite 291) entschieden, dass der Akt der Einzahlung und die Tatsache des gegenwärtigen Besitzes des Grundkapitals nicht begrifflich verschiedene Momente darstellen, sondern dass der Besitz als ein das Wesen der Einzahlung sicherndes Moment gedacht sei. Staub erklärte mit Recht diese Entscheidung für bedenklich, aber das Reichsgericht hat sie auch unter der Herrschaft des neuen Handelsgesetzbuchs, wie sich hier zeigt, beibehalten. Für die Praxis ist die Entscheidung daher von ausserordentlich grosser Wichtigkeit. Die Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft werden das bei dem Gründungsakte ihnen übergebene Geld fortan solange in ihrem Besitz halten müssen, bis die Erklärung zum Handelsregister erfolgt ist. Zwar entstehen hier unnütze Zinsverluste, aber nach diesen praktischen Erwägungen richtet sich das Reichsgericht, wie eben erwähnt, in keiner Weise. Es ist also hier wieder einmal ein Urteil gefällt worden, das mit der Auffassung der Praxis vollständig in Widerspruch steht. Denn danach gilt selbst die Deponierung des eingezahlten Kapitals bei einer ersten Deutschen Bank nicht „als Besitz“.

Berichtigung. Im vorigen Heft des *Plutus* wird in der Notiz „Auskunfteien“ der Staubsche Kommentar HGB., § 349, Anmerkung 8 zitiert: „Wer eine Auskunft so gibt, als beruhe sie auf zuverlässiger Unterlage, während die Unterlage bewussterweise unsicher ist, handelt schon dolos; ebenso wer bestimmte Angaben in positiver Form macht, obgleich er von deren Richtigkeit positiv überzeugt ist.“ Es muss selbstverständlich heissen: obgleich er von deren Richtigkeit nicht positiv überzeugt ist.

Postsparkasse als Staatsbank. Aus Wien wird mir geschrieben: Der österreichische Finanzminister hat 140 Millionen Kronen 4%ige Rente an die Postsparkasse begeben. Das bedeutet eine Umstürzung der seit Jahrzehnten bei österreichischen Rentenemissionen üblichen Gewohnheiten. Lange Jahre hindurch hatte die internationale Rothschildgruppe das Monopol auf die staatlichen Anleihegeschäfte, zumal als es Taussig gelungen war, der Bodenkreditanstalt zur Beseitigung ihrer gefährlichen Konkurrenz Aufnahme, später Gleichberechtigung und schliesslich die führende Rolle in der durch ihn nationalisierten Rothschildgruppe zu gewinnen. Die erste Bresche schlug die grosse Konversion im Jahre 1892, bei der alle Wiener Banken zur Mitwirkung herangezogen wurden.

Aber sie waren nur am Erfolg und nicht an der Führung der Verhandlungen und Verkaufsoperationen beteiligt. Dabei blieb es auch, als der gegenwärtige Finanzminister Dr. Zilinski, in gleicher Stellung Mitglied des Kabinetts Badeni, vor 13 Jahren den fehlgeschlagenen Versuch der Popularisierung des $3\frac{1}{2}\%$ igen Rententypus machte und die Aufnahme der Postsparkasse in die Gruppe verlangte und durchsetzte, und als nachher, um eine drohende Konkurrenz der schneller herangewachsenen Mittelbanken zu begegnen, auch diesen die Aufnahme in die Gruppe bewilligt wurde. Die Selbstherrschaft Taussigs führte zu manchen Misshelligkeiten und schliesslich zum Austritt zweier Banken aus dem Konsortium, der Niederösterreich. Eskomptegesellschaft und der Unionbank, die die ihnen gestellte Bedingung, auf jedes Staatsgeschäft zu verzichten, nicht akzeptieren wollten. Stets blieb es dabei, dass nun die Vertreter des Hauses Rothschild, der Kreditanstalt und der Bodenkreditanstalt mit dem Finanzminister über die Uebernahmebedingungen verhandelten und erst nachträglich in einer Konferenz mit den Vertretern der übrigen beteiligten Banken den erfolgten Abschluss zur Kenntnis brachten. Stets behielten abwechselnd Kreditanstalt und Bodenkreditanstalt die Führung, mit der auch finanzielle Vorteile verbunden waren. Noch schlimmer erging es den kleinen Instituten Wiens und der Provinz, die nur ganz geringfügige Unterbeteiligungen erhielten, bei denen überdies die finanziell recht lukrativen Zinscouponanzen, die als Kompensation für hohe Uebernahmekurse gewährt wurden, wegfielen. All das ging, so lange Taussigs Autorität jede Opposition niederdrückte. Aber nach seinem Tode ging es um so weniger, als die Führung der Emissionsgeschäfte in den letzten Jahren, vielleicht hauptsächlich infolge einer gewissen Kleinlichkeit Taussigs, die ihm bei aller Grösse im Geschäft eigen war, durchaus nicht mehr so erfolgreich war, wie früher. Der Vertrieb der Rente nahm unverhältnismässig lange Zeit in Anspruch, zum Teil auch infolge von Fehlern der Finanzverwaltung. Die Operationen schlossen mit geringfügigem Gewinn oder Verlust, die beteiligten Banken, die nicht beteiligten und die Finanzverwaltung waren unzufrieden. Allgemein war das Bestreben der zu Grossbanken herangewachsenen Mittelbanken, sich der Bevormundung der Rothschildbanken zu entziehen. Die kleineren, besonders die slavischen Banken, wollten mit dabei sein, sie steckten sich hinter den Finanzminister, der im Abgeordnetenhaus erklärte, alle Banken heranziehen zu wollen. Das österreichische Konsortium war innerlich vollkommen zerfallen, ohne ausdrückliche Auflösung. Und als die Finanzverwaltung aus diesen Verhältnissen die Konsequenzen zog und die Anleihe an die Postsparkasse begab, da waren zwar eigentlich alle Banken geschlagen, aber offenbar ward das nur der Rothschildgruppe klar, die durch ungeschickte Freunde in der Presse ihre Niederlage dokumentierte. Das wäre ihr erspart geblieben, wenn sie rechtzeitig in die Neubildung der Gruppe auf demokratischer Grundlage gewilligt hätte. Denn dann wären alle Banken auch äusserlich in gleicher Lage gewesen, und sie hätten mit der Postsparkasse über ihre ja unumgänglichen notwendige Beteiligung beim Plazement geschlossen verhandelt. Dies die Vorgeschichte des Ereignisses auf Seite der Banken. Auf Seite der Postsparkasse lässt

sie sich kürzer fassen. Dieses Institut, welches ausgezeichnet organisiert und geleitet ist, hat im Laufe der Jahre im Spar- und Ueberweisungverkehr einen ungeahnten Aufschwung genommen. Sie hat in dreifacher Richtung einen steten Bedarf nach Rente. Erstens zur Veranlagung des Einlagenzuwachses, zweitens wird für die Einleger, deren Guthaben 2000 K. übersteigt, für den Ueberschuss automatisch Rente angekauft, drittens besorgt die Anstalt kommissionsweise für ihre Kunden den An- und Verkauf von Staatspapieren. Ihr Jahresbedarf aus diesen drei Titeln beträgt gegenwärtig im Durchschnitt rund 60 Millionen Kronen Rente. Die Postsparkasse, die seit langem an der Rothschildgruppe beteiligt ist und auch kleine Anleihen bis zu 50 Mill. K. wiederholt allein übernahm, hat aber diesmal 140 Mill. K. fest übernommen, ohne vorher über Abnahme eines Teiles ihres Risikos mit anderen Instituten verhandelt zu haben. Es ist gewiss recht und billig, dass der Staat, soweit er in der Lage ist, Rente abzusetzen, sie dazu benutzt und auf die Ausgestaltung dieser Organisationen das grösste Gewicht legt. Wenn die Finanzverwaltung die Postsparkasse auch dazu benutzen würde, um direkt an die Kapitalisten, ohne Unterschied ob sie in Geschäftsverbindung mit der Anstalt stehen oder nicht, mit seinen Anleihen heranzutreten, so wäre das auch in Ordnung, es bestände allerdings die Gefahr, dass die Banken, die am Rentengeschäft kein Interesse hätten, das Publikum sehr stark der Veranlagung seiner Ersparnisse in Renten abspenstig machen würde. Was aber die Postsparkasse nie sollte, das ist, ein Risiko übernehmen, das bei plötzlichen Zwischenfällen die Gefahr eines Kursverlustes und noch mehr einer Immobilisation mit sich bringt. Augenblicklich ist die politische Lage eine solche, dass die Gefahr kaum zur Wirklichkeit werden wird. Auch verhandelt die Postsparkasse mit den einzelnen Banken wegen ihrer Beteiligung an dem Geschäfte, und ausser den Banken der Rothschildgruppe, die sich vielleicht ausschliessen werden, werden im Augenblick, wo dieses Blatt erscheint, wohl alle in Betracht kommenden Banken eine Quote der Anleihe übernommen haben. Die Postsparkasse, die wie immer auch gegenwärtig nie das Bestreben hat, sich in einen Gegensatz zu den Privatbanken zu stellen, sondern immer das kollegiale Verhältnis betont, hat ein Schema der Beteiligungen der einzelnen Banken nach ihrem Kapital und ihrer Leistungsfähigkeit entworfen und wird den Banken innerhalb dieser Quoten Beteiligungen an den Emissionsnutzen nach Massgabe der von ihnen wirklich placierten Rente anbieten. So zwar, dass der wirkliche Verkauf jeder Bank ihren Nutzen bestimmte, aber nur innerhalb der Quote, welche natürlich bei künftigen Emissionen abgeändert werden könnte. Die Verkäufe selbst würden von den einzelnen Banken gemacht werden, denen die Postsparkasse die Rente nach Massgabe ihres Bedarfs zum Tageskurse ablassen würde. Es besteht aber die Gefahr, dass einzelne Institute, um mit grossen Verkaufsziffern aufzutreten, die Rente nicht bei ihrer Kundschaft, sondern an der Börse veräussern und einen Kursdruck herbeiführen. Es besteht ferner die Gefahr, insbesondere für die Zukunft, dass das Feilschen um die Quoten die Postsparkasse in den Strudel der nationalen Kämpfe, von dem sie ohnedies umbracket ist, hineinzieht,

denn die Banken, die glauben in der Quote benachteiligt zu sein, werden parlamentarische Einflüsse zu gewinnen wissen. Im übrigen dürfte die diesmalige Form der Begebung ein Ausnahmefall sein. Für das nächste Mal werden sich wohl die Banken wieder organisiert haben, und wenn dann der Finanzminister an die Postsparkasse herantritt, so wird sie wohl schon vor Abschluss mit den grossen Banken über ihre Mitwirkung an der Operation sich geeinigt haben. Dieser Fall wird, wenn die ungarische Krise die Tagung der Delegationen ermöglicht, schon in einigen Monaten eintreten, weil der Finanzminister sodann mit einem einmaligen Anlehen von über 200 Mill. K. auf den Markt kommen will. Von der Klugheit der grossen Banken wird es abhängen, welche Rolle sie bei diesem nächsten Anlehen spielen werden. Ganz umgehen kann man sie ja nicht auf die Dauer. Aber es hängt viel davon ab, ob sie sich zur freiwilligen dauernden Mitwirkung entschliessen, oder ob sie sich in den Schmollwinkel zurückziehen, aus dem sie allerdings wahrscheinlich einmal in für den Staat ungünstigen Zeitläuften herausgezogen werden würden. Aber Sympathien würden sie dadurch nicht gewinnen.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Periode der Rückflüsse hat allgemein eingesetzt. Ihr Umfang ist allenthalben recht befriedigend, speziell bei uns in Deutschland, und rechtfertigt mehr und mehr unsere Ansicht, dass die Verfassung des Geldmarkts trotz aller unerfreulicher Erscheinungen im letzten Teile des vergangenen Jahres im Kern gesund geblieben ist. Die letzte Woche brachte als erstes greifbares Resultat der veränderten Entwicklung eine Diskontermässigung der Bank von England von $4\frac{1}{2}\%$ auf 4% . Man könnte vielleicht einwenden, dass manches noch für eine gewisse Hinausschiebung dieses Schrittes gesprochen hätte, da die Goldbewegung sich wieder wenig befriedigend für die Bank von England gestaltet. Bei der weichenden Tendenz der Zinssätze im offenen Markte wäre aber auch durch eine konservative Diskontpolitik die mangelhafte Anziehungskraft des Londoner Platzes für das gelbe Metall kaum zu stärken gewesen und die Bank kann durch die Anpassung ihrer offiziellen Rate an die Verhältnisse im offenen Markt wenigstens erreichen, dass sie mit diesem in Konnex bleibt, was für die Gesamtentwicklung entschieden auch bedeutende Vorteile hat.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, wenn man die etwas frühe Festsetzung der englischen Diskontermässigung wiederum auf Einflüsse der Tory-Leute in der Bankleitung zurückführt, die auch wieder gewisse Garantien übernommen haben mögen, dass durch den Schritt der Bank in der Goldsituation keine Verlegenheiten erwachsen. So ist es charakteristisch, dass die von Paris erworbenen Barrenankünfte von fast 700 000 Pfund am Ende der Woche von der Bank von England wieder zurückgekauft wurden; es liegt nahe, diesen eigentümlichen Vorgang mit besonderen Arrangements der Londoner Magnaten, Rothschild usw., zu erklären, die damit bestimmte Versprechungen erfüllen, mit denen sie ihre Ansicht in der Diskontfrage durchgesetzt haben.

Schliesslich wird aber London doch an die Tilgung seiner bedeutenden französischen Goldschulden denken müssen, ausserdem bleibt noch ein stattlicher Rest indischen Begehrs zu befriedigen, und nicht zuletzt kommt noch der grosse Saisonbedarf für die argentinische Ernte in Betracht, der stets eine drückende Verpflichtung für den englischen Platz bildet. Für die Befriedigung der argentinischen Ansprüche ist vielleicht mit einer wesentlichen Mitwirkung des Auslandes zu rechnen, aber nur dann, wenn die Diskont- und Zinssätze in London eine gewisse Höhe behalten und nicht wieder unter alle anderen, besonders unter den Pariser, hinabsinken. Es wird daher das Bemühen der Bankleitung sein müssen, den offenen Markt in diesem Sinne zu beeinflussen, also für den Moment ihre 4% ige Rate wirksam zu machen und so lange als möglich darauf zu verharren. Augenblicklich befinden sich die Sätze des offenen Marktes schon in ziemlich weiter Distanz von dem offiziellen, indem der Privatliskont nur $3\frac{1}{4}\%$ notiert. — Für die Befriedigung des argentinischen Goldbedarfs kommt in erster Reihe Nordamerika in Betracht, dass trotz grosser Rückzahlungen noch immer stark an England verschuldet ist. Die Faiseure in Wallstreet sind aber bemüht, wieder grosse Beträge amerikanischer Anlagewerte in Europa zu placieren, und es ist klar, dass auf Goldexporte New Yorks nicht mehr zu rechnen ist, wenn die Unterbringung derartiger Valeurs in grossem Umfange gelingt.

Im deutschen Markt haben sich die Rückflüsse, wie wir schon oben erwähnten, diesmal ganz besonders intensiv gestaltet, stärker als man es selbst bei einer zuversichtlichen Beurteilung der Verhältnisse erwarten konnte. Hierbei ist es besonders interessant, dass der grösste Zufluss bei der Preussischen Centralgenossenschaftskasse zu konstatieren ist, also an der Stelle, bei der sich die freien Mittel des landwirtschaftlichen Gewerbes zu konzentrieren pflegen. Diese Erscheinung gibt in erster Reihe die Gewissheit, dass die letzte Ernte wiederum einen schönen Fortschritt für die heimische Landwirtschaft bedeutet und ferner, dass die längere Dauer der Prosperität bereits zu einer beachtenswerten Verbesserung der finanziellen Lage jenes Erwerbszweiges geführt haben muss. Für den Geldmarkt aber ist der Kapitalszufluss gerade von jener Seite bedeutungsvoll insofern, als er für längere Zeit, d. h. wahrscheinlich bis zur nächsten Ernte mit diesen Geldern rechnen kann. Auch von anderer Seite waren die Rückflüsse recht befriedigend, und der Umschwung im offenen Markt daher einschneidend. Trotzdem die Lombardrückzahlungen an die Reichsbank schon grossen Umfang angenommen haben, ist tägliches Geld mit $4-3\frac{1}{2}\%$ reichlich offeriert und der Diskontbegehrr so stark, dass der Satz bereits auf 3% angelangt ist. Eigentümlicherweise haben die Devisenkurse bisher keine diesem Zinssturz entsprechende Steigerung erfahren. Nach der ersten Hausse am 31. Dezember und 3. Januar ist teilweise sogar wieder ein Rückschlag eingetreten, der sich besonders auf Frankendevisen erstreckt hat. Auf die Dauer wird sich dieses Gebiet dem Einflusse der heimischen Geldflüssigkeit aber kaum entziehen können, zumal sich bei dem wichtigsten Gläubiger des hiesigen Platzes, Paris, kein nennenswerter Rückgang der Zinssätze nach dem Jahreswechsel vollzogen hat.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor¹⁾:

Freitag, 14. Januar 2 1/2 0/10	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht.
Sonnabend, 15. Januar 2 1/2 0/10	Bankausweis New York. — <i>Dekaden-</i> <i>ausweis Franzosen, Lombarden.</i> — G.-V.: Charlottenburger Wasserwerke, Königs- berger Strassenbahn i. L., Waggonfabrik Busch, Berliner Weissbier-Brauerei.
Montag, 17. Januar 2 1/2 0/10	Essener Börse. — <i>Reichsbankausweis.</i> — <i>Jahresausweis Gotthardbahn.</i>
Dienstag, 18. Januar 2 1/2 0/10	Düsseldorfer Börse. — G.-V.: Sinner Presshefefabrik.
Mittwoch, 19. Januar 2 1/2 0/10	G.-V.: Fabrik Isolierter Drähte, Optische Anstalt Görz.
Donnerstag, 20. Januar 2 3/8 0/10	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweis London, Paris. — <i>Betriebs-</i> <i>ausweise deutscher Eisenbahnen.</i> — G.-V.: Schwabinger Brauerei.
Freitag, 21. Januar 2 1/8 0/10	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — G.-V.: Spinnerei und Buntweberei Pfersee (Fusion), Spinnerei u. Weberei Ulm (Fusion).
Sonnabend, 22. Januar 2 0/10	Bankausweis New York. — <i>Dekadenaus-</i> <i>weis Luxemburgische Prinz-Heinrich-</i> <i>bahn.</i> — <i>Deutschlands Kohlenproduktion,</i> <i>Ein- und Ausfuhr in 1909.</i> — Deutsche Bierbrauerei, Chemische Fabrik Milch, Baugesellschaft Kaiser Wilhelmstrasse, Gesellschaft Südkamerun, Mitteldeutsche Gummiwaren Peter.
Ausserdem zu achten auf:	
Erklärung der Schiffahrtsdividenden, Abschlüsse der Banken, Cementfabriken, Baugesellschaften, Quartals- bzw. Jahres- ausweise der Bergwerksgesellschaften, Jahresbericht Berliner Kassenverein, Deutsche Treuhand-Ges. — Schiffahrts- dividenden.	
Zulassungsanträge (in Mill. M.): Berlin: 10 4 1/2 % Obl. Bergmann Elek- trizitätswerke, 1 neue Aktien Holsten- hausen-Altona, 30 4 % Hyp.-Pfdbr. Rheinisch-Westfäl. Bodencreditbank.	
Verlosungen: 15. Januar: 5 % Russische 100 Rbl. (1864), 3 % Amsterdam 100 Gld. (1874), 2 % Brüsseler 100 Frcs. (1905), 2 % Serbische 100 Frcs. (1861), 3 % Holl. 100 Gld. (1871).	

Der Reichsbankausweis über die erste Januarwoche entspricht ganz und gar dem günstigen Bilde, das sich im freien Verkehr bietet. Die Besserung erreicht die enorme Summe von 321 1/2 Millionen und ist damit zirka 53 Millionen grösser als 1909, während die Differenz zu Ungunsten der jetzigen Periode am 31. Dezember nur 38 Millionen betrug. Der grosse Fortschritt beruht fast ausschliesslich in der Entlastung von Wechsel und Lombard, die zusammen um über 400 Millionen nachliessen. Es wird sich hier zum allergrössten Teil um Rückzahlungen aus Bank- und Börsenkreisen handeln, respektive um Verfälle kurzer Wechsel, die aus jenem Milieu eingereicht sind. Und zwar kommt das Gros der Entnahmen von dieser Seite früher zur Tilgung als sonst, weil die grossen Rückzahlungen an die Seehandlung am 27. Dezember diesmal auch schon eine frühere Inanspruchnahme der Reichsbank bedingt halten. Wenn das Tempo der Rückflüsse sich auch in dem bisherigen Umfange nicht fortsetzen kann, so ist doch auch weiterhin auf eine rasche Erleichterung zu hoffen, und die Frage einer Diskontermässigung muss somit bald akut werden. Ihr Umfang wird voraussichtlich, dem Beispiele der Bank of England entsprechend, 1/2 0/10 nicht übersteigen.

Justus.

Reichsbank.

Ausweis vom 7. Januar 1910

Aktiva		(Millionen Mk.)
Bestand an Gold		730,662
do. an Scheidemünzen		241,793
do. an Reichskassenscheinen		58,677
do. an Noten anderer Banken		25,318
do. an Wechseln		1 009,971
do. an Lombardforderungen		119,297
do. an Effekten		356,380
do. an sonstigen Aktiven		217,668

Passiva		(Millionen Mk.)
Grundkapital		180,000
Reservefonds		64,814
Betrag der umlaufenden Noten		1 825,595
sonst. tägl. fällig. Verbindlichkeiten		632,394
sonstige Passiva		56,963
Steuerpflichtiger Notenumlauf		290,316

Bank von Frankreich.

Ausweis vom 6. Januar 1910.

		(Millionen Frcs.)
Gold		3 488,018
Silber		873,985
Portefeuille		1 146,110
Notenumlauf		5 470,002
Privatkonti		602,174
Guthaben des Staates		132,120
Vorschüsse auf Wertpapiere, Gold usw.		555,470

Bank von England.

Ausweis vom 6. Januar 1910

		(Millionen Pfd. Sterling)
Totalreserve		23,288
Notenumlauf		28,866
Barvorrat		33,704
Portefeuille		36,211
Privatguthaben		49,139
Regierungssicherheiten		17,508

¹⁾ Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten Markttag Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Diamanten.¹⁾

Als dann wird es verwaschen. Millionen von Lasten lagern gleichzeitig auf weiten Feldern, um diesen Verwitterungsprozess durchzumachen, 3. der direkte

Treatment-Prozess, d. h. das mechanische Zerkleinern. Es findet namentlich dann Anwendung, wenn eine Behandlung mittels des Flooringsystems infolge der allzu grossen Festigkeit der Gesteinsmassen nicht zum Ziele führt, also bei dem Gestein aus großer Tiefe. Nach diesen Vorarbeiten treten die **Wascharbeiten** der verwitterten Massen ein. Die Waschung wird auf grossen

Waschpfannen vorgenommen, die eine ringförmige Form haben und einen äusseren Durchmesser von 4,27 m, einen inneren von 1,83 m besitzen. In der

Ringform bewegen sich drehend eine Anzahl von keilförmigen Zähnen, die von einer im Mittelpunkt der Pfanne befindlichen vertikalen Welle radial ausgehen. Die Welle macht etwa 8—9 Umdrehungen pro Minute. In diese Pfannen werden

¹⁾ Siehe Plutus Jahrgang 1909 Seite 787, 807, 825, 846, 863, 902, 921, 940, 961, 979, 1003, Jahrgang 1910 Seite 19, 41 ff.

die verwitterten oder zerkleinerten Massen hereingebracht und mit flüssigem Schlamm, der von früheren Waschvorgängen herrührt, vermischt. Der dünnflüssige Schlamm und das Wasser, die durch die Pfanne bewegt werden, fließen an einer bestimmten Stelle ab, während die schweren Steine zu Boden sinken. Je nach Art und Beschaffenheit der zu verarbeitenden Masse ist eine grössere oder geringere Menge Wasser erforderlich. Die einzelnen Waschpfannen sind in einer grossen Menge (bis zu 20 Stück) zu Waschanlagen vereinigt. Gleichzeitig finden sich maschinelle Vorrichtungen, um die Gesteinsmassen auf die Pfanne hinaufzuheben. Durch das wiederholte Waschen und Abfließen des dünnflüssigen Schlammes werden die diamanthaltigen Massen angereichert oder, wie man sich fachmännisch ausdrückt, konzentriert. Die

Konzentrate, die etwa 1% des verarbeiteten Blaugrundes ausmachen, werden in den kleineren Grubenbetrieben mit der Hand sortiert und vermittlems nochmaligen Nachsiebens auf Diamanten verlesen. (Fortsetzung folgt.)

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 71 Ziffer 4 HGB.

Die Aeusserung „Sie haben mich hineingelegt“ als Grund zum Aufgeben der Stellung. Die Aeusserung des Prinzipals zum Angestellten: „Sie haben mich hineingelegt“ ist an sich eine erhebliche Ehrverletzung, die den Angestellten berechtigt, sofort die Stellung aufzugeben. Freilich können besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen. Solche Umstände hat das Kaufmannsgericht im folgenden Falle als vorliegend erachtet: Der Kläger verkaufte sein Geschäft an den Beklagten und wurde dessen Angestellter. Nach Uebergang des Geschäfts wurde auf Veranlassung des Klägers dem Beklagten für Reklame, die noch der Kläger bestellt hatte und daher hätte bezahlen müssen, eine Rechnung zugesandt. Der Beklagte bezahlte sie. Aus diesem Anlass machte er dem Kläger Vorwürfe und äusserte: „Sie haben mich hingelegt.“ Der Kläger gab die Stellung auf und verlangte Schadensersatz. Es wird festgestellt, dass der Kläger dem Verträge zuwider nach

dem Austritt sich an dem Konkurrenzgeschäft seines Sohnes beteiligt hat.

Die Klage wird abgewiesen: Der Kläger habe dem Beklagten zu Unrecht eine Rechnung zusenden lassen und so versucht, den Beklagten zu schädigen. Ferner habe er sich mittelbar an dem Konkurrenzgeschäft seines Sohnes beteiligt. Zwar liege diese Beteiligung zeitlich nach jener Aeusserung. Aber wenn der Beklagte bereits auf Grund der Reklameaffäre die Empfindung gehabt habe, dass der Kläger ihn schädige, so sei diese Empfindung durch die Konkurrenz des Klägers nachträglich vollauf gerechtfertigt worden; daher sei die Aeusserung entschuldbar. (Urteil der II. Kammer vom 11. Januar 1910.)

§ 1 Ges., betr. die Kfge.

Klage des Prinzipals auf Rückzahlung eines Darlehens gegen den Angestellten. Für die Klage des Prinzipals auf Rückzahlung des dem Angestellten gewährten Darlehens ist das Kaufmannsgericht nicht zuständig. (Urteil der II. Kammer vom 11. Januar 1910.)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

Geselligkeit, Sitten und Gebräuche der europäischen Welt 1789—1900. Von Alex. von Gleichen-Russwurm. Preis brosch. 8,50 M., geb. 10 M. 473 S. Stuttgart 1910, Julius Hoffmann Verlag.
Erster Teil. Im Zeichen der Politik. — Vom neuen Frankreich bis zum Wiener Kongress. — Revolution und Gesellschaft. — Ein Kalender von 1789. — Der Geselligkeitsinstinkt. — Das Vorzimmer der Guillotine. — Rousseaus Utopie. — Voltaires Anschauung. — Die Feste der Republik. — Liebesmahl und Ball auf der Strasse. — Das Café Procope. — Ein neues Volks-

lied. — Die reichen Finanziers. — Die Macht des Tanzes. — Das ätherische Götterbett. — Der erste Salon der Mme. Récamier. — Ein politischer Salon. — Napoleon als Wahrsager. — Der Ton der Strasse und die Gesellschaft. — Napoleon und die Geselligkeit. — Literarische Abende. — Der Opernball. — Die Pariser Promenaden. — Anglo-manie. — Das Gabelfrühstück. — Die neue Hofrangordnung. — Le diner à la Hétiogabale. — Die Salons der Schwestern Napoleons. — Frau von Staël in ihrem Kreis. — Die nouveaux riches auf der Bühne und in der Zeitung. — Stendal. — Die neuen Suspekts. — Die Stellung des

Adels. — Das diplomatische Korps. — Die Hofbälle. — Die ästhetisch-literarischen Zirkel. — Das Ende der Kaiserlichen Gesellschaft. — Die erste Russenbegeisterung. — Die Revolution bei Pasteten und Champagner. — Die beiden Borghese. — Enttäuschung und gesellschaftliche Stille. — Soult in Turin. — Natürlichkeit in der Konversation. — Das Spiel. — Der cavaliere servente. — Aliferis Auffassung. — Geselliges Leben in der Oeffentlichkeit. — Kirchliche Feiern als gesellschaftliche Belestigung. — Die Frauen des Hauses Bonaparte. — Die Gräfin Albani in Florenz, Paris und Rom. — Landleben der deutschen Edelleute. — Das Ungewitter auf dem Petersilienbett. — Fürstliche Jagden. — Matthison und die lustigen Räte in Stuttgart. — Moderomane. — König Jérômes Karneval. — Der Zopf des Kurfürsten. — Der Münchener Hof. — Das Fest der Seelen bei Goethe. — Frau von Staël in Weimar. — Antike und Romantik. — Der steigende Luxus. — Frau Rat in Frankfurt. — Mme. de Staël im Hause Bethmann. — Die abnehmende Galanterie. — Vereinsgeselligkeit. — Dalberg. — Die Romaniker. — Kant und das gebildete Frauenzimmer. — Der Geist des Weltbürgertums in Berlin. — Henriette Herz und Rahel Levin. — Gesellige Anmut. — Die deutsche Sprache im Salon. — Prinz Louis Ferdinand bei Rahel. — Modevorträge. — Die Schlegels. — Fichtes Reden. — Hofgesellschaft und Offiziere. — Luther im Schlitten. — Die Geselligkeit des Prinzen Louis Ferdinand. — Kinderbälle. — Der Ernst der Zeit. — Das Mahl in Torgau. — Der Rat des Freiherrn von Stein. — Stein in Petersburg. — Mademoiselle Georges. — Preussen und Russland. — Zweiter Teil. Nationalgefühl und Romantik. — Vom Wiener Kongress bis zur Revolution von 1848. — Die Harmonie des englischen Lebens und seine Wirkung auf den Kontinent. — Die kurze Taille und die riding coat. — Die Aeoescharfe. — Die Londoner Fashion. — Der Hof Georgs III. — Familienfeste. — Die Verfasserin von Evelina als Hofdame. — Der cant. — Im Reich der Dandies. — Der Prince of Wales. — Puder und Perücke. — Politische Gegensätze in der Gesellschaft. — Pitt und Fox. — Die künstlerische Behandlung der Politik. — Sportmann und Dichter. — Carlton House. — Die öffentlichen Bälle. — Die Oper. — Ausblick. — Die Macht der Anglomanie. — Byrons Triumph und Verbannung. — Die Dame in der Politik. — Disraelis Schneider. — Adel und Finanz. — Das Turnier in Schottland. — Lady Blessinton. — Der Gesang des Achilles. — Leichtsinns und Kunst. — Spiel, Sport und Mode. — Die Klubs. — Bulwer und Disraeli. — Der Snobismus. — Die tadellose Lady. — Die frühviktorianische Aera. — Lady Navills Garten. — Geld, Geist und gute Gesellschaft. — Roms poetisch-romantische Nachblüte. — Die Herzogin von Devonshire. — Künstler und Gelehrte im Salon. — Kardinal Consalvo. — Die deutsche Künstlerkolonie. — Der Mittelpunkt der römisch-katholischen Welt. — Prinzipien und Botschaften. — Die Königin Hortense auf dem Maskenball. — Der Kongress von Verona. — Napoleons Witwe. — Das kranke Venedig. — Lord Byron in der Venezianer Gesellschaft. — Mailands Skalatheater. — Der Salon Maffei. — Der Hass gegen Oesterreich. — Die Lesezirkel. — Die politisch-nationale Stimmung. — Die Wiener Salontyrannie. — Der Salon des Königs von Preussen. — Die wachsende Bedeutung des Theaters und der Musik. — Die Brühlschen Bälle. — Hegels Wirkung. — Rahels zweiter Salon. — Pücklers Urteil. — Heine. — Biedermeiertum und Romantik. — Hofgesellschaft und Bürgertum. — Die Neugebackenen. — Badeorte. — Der Raub der Prinzessin. — Die reisenden Engländer. — Leben am Rhein. — Metternich und Heine. — Die Macht des Gesanges. — Anstand und Etikette. — König Ludwigs Kulturpolitik in München. — Das Dürerfest. — Volkstracht und Mode. — Das Fest im Hause Bethmann. — Popularität. — Frankfurt a. M. als Stadt der Diplomaten. — Die Tanzkarte. — Revolutionssturm. — Der Salon des Etrangers. — Die mondainen Duelle. — Der weisse Schrecken. — Der Stil der Spiegelscheiben. — Die schlechten Dienstboten und die Flucht ins Restaurant. — Der Walzer. —

Intime Abende bei der Dauphine. — Bei Louis Philippe. — Madama Récamier im Kloster. — Die Oper. — Die Zeitungen. — Hernani. — Rouge et Noir. — Die Historiker im Salon. — Die Julirevolution. — Politische Salons. — Die Herzogin von Rauzan. — Die platonische Liebe. — Die Blaustrümpfe. — Der Glanz einer jungen Hauptstadt. — Die russische Dame. — Zar Alexander. — Sittensfreiheit und politischer Zwang. — Puschkin. — Das russische Landleben. — Volk, Intelligenz und Petersburger Welt. — Die geheimen Gesellschaften. — Der panslavistische Gedanke. — Auf polnischen Herrensitzen. — Zar Nikolaus. — Beamentum und Adel. — Die Garde. — Vom Ballsaal in den Verbrecherkarren. — Die Krönung in Moskau. — Fashion und Nationaleigentümlichkeiten. — Die Ausländer in Russland. — Der Deutschenhass. — Eleganz und Polizeiaufsicht. — Dritter Teil. Altruismus und Snobismus. — Von 1848 bis zum Berliner Kongress. — Die festgefügte Gesellschaft Englands. — Mr. Smith. — Die Weltausstellung. — Normaltracht. — Tennysons Anklage. — Tischrücken und Spiritismus. — Jenny Lind. — Olympia. — Der Hydepark. — Sport. — Die Aestheten. — Die Aristokratie. — Im Elysée. — Blaubarts Première. — Die Physiognomie der Strasse. — Die Aufregung der Salons. — Das Diner bei Turgot. — Rothschild und Eugenie. — Die wütenden Demokraten. — Der neue Hof. — König Jérôme. — Hausherr und Hausrat. — Die parodistische Richtung. — Blanquis Vorträge. — Eugenes Salon. — Die literarischen Damen. — Die Legitimisten. — Lise Troubetzkoi. — Die Stellung der Salons. — Die Macht der Tradition in Spanien. — Die Kamarilla. — Im Prado. — Der Neid Italiens auf Spanien. — Der Karneval in Rom ohne Pabst und Sbirren. — Der Ehevertrag. — Die berühmte Frau Bolognas. — Aristokratie und Volk. — Die Cascade. — Die romantisch-literarische Bewegung. — Die Scala. — Fanny Essler. — Maximilians Hof. — Die gelangweilte Stadt. — Adel und Offizierkorps in Oesterreich. — Russland oder Frankreich. — Wohlthätigkeit. — Der Walzer. — Der Gschnasball. — Die neuen Stücke. — Liszt. — Das erste Derby. — Weltausstellung, Fiakerstrike und Krach. — Makart. — Das tanzende Wien. — Der Bundestag in Frankfurt a. M. — Der Kotillon. — Das Spiel in Baden-Baden. — Die Gesellschaft im Kurort. — Der Sommerzug. — Vier Whistplätze, vier Weltteile. — Les bals champêtres. — Der Fürstentag in Frankfurt a. M. — Die deutsche Fahne. — Das Römerbankett. — Die politische Intrige. — Das Wort des Herzogs von Koburg. — Die Symposien in München. — Gegensätze von Süd und Nord in Deutschland. — Ein gemütliches Berliner Haus. — Aesthetischer Tee und saurer Mops. — Der Salon Olfers. — Romane von einst und jetzt. — Wissenschaftlich gestellte lebende Bilder. — Der Salon Radziwill. — Oper und Ballet. — Die Liebesmahle. — Das kleine Diner. — Motechie und Capuletti. — Kaiserin Augusta und Bismarck. — Politische Gegensätze im weltlichen Leben. — Die Donnerstage der Kaiserin. — Ein Ordensfest. — Kulturkampfstimmung. — Wohlthätigkeitsfeste. — Konversation und Debatte. — Die Politik als trennendes Element. — Russland und die französische Gesellschaft. — Die Sendung Monys nach Petersburg. — Wie man reist. — Das Bett auf zwei Stühlen. — Die russische Gesellschaft. — In Moskau. — Bismarcks Urteil. — Polnische Schwierigkeiten. — Die russische Bildung. — Die nationalen Schriftsteller. — Der ewige Samovar bei Winewitowski. — Die mystische Stimmung. — Der Stundismus der Salons. — Der Missionar im Frack. — Der hochgeborene Schuhmacher. — Die tiefe Kluft. — Vierter Teil. Soziale Sehnsucht. — Jahrhundertende und Ausblick. — Die Amerikanerinnen in London. — Die house party von einst und jetzt. — Bois und Hydepark. — Vom Tabak. — Bridge. — Ausgelassenes Spiel. — Primrose league. — Oskar Wilde. — Die Reitjagd. — Das Urteil Taines über seine Landsleute. — Mac-Mahons Empfang. — Der Stil Louis XV. — Die Halbwelt. — Der politische Salon. — Les après. — Unter sich. — Bayreuth als geselliger Mittelpunkt. — Wagner in Zürich. — Wahnfried. — Frau Cosimas Einfluss. —

Die negative und die positive Seite der neuen Musik. — Ibsen und die Leute im Schatten. — Hie Bürgertum — hie Junkertum. — Tout Berlin. — Uebergangsstadium. — Der Salonheiland. — Münchener Carneval. — Fliegende Blätter und Simplicissimus. — Die jungen Nationalstaaten. — Weiss und schwarz in Rom. — Cosmopolis. — Der gemässigte Appetit. — Der Flirt. — Ohne Tisch Tuch. — Neuester Luxus. — Das Teuerste. — Tischgeräte. — Die mitgebrachte Dienerschaft. — Vom Servieren. — Blumen auf der Tafel. — Schaugerichte. — Trinkfrohe Männer. — Das geborgte Diner. — Im Hotel. — Der Tanz als Werbepiel. — Amerikas Einfluss. — Feinde und Schädlinge moderner Geselligkeit. — Die moderne Wohltätigkeit. — Die unentrinnbare Flut ihrer Veranstaltungen. — Das Heimweh nach dem Salon. — Die Welt däm. — Die gute Stube. — Das Wesen der Provinz. — Provinz und Grossstadt. — Die Heilkraft des Luxus. — Der mondaine Neid. — Functions und Bohème. — Die gesellschaftlichen Symptome der germanischen Rasse. — Die Philosophie der Zeit. — Das Geld und die soziale Sehnsucht. — Das neueingestandene Ideal. — Hygienischer Stil. — Der Sport als Retter. — Die smarte Jugend. — Rothschild und Montmorency. — Die Stellung der Fürstlichkeiten. — Gesellschaftliche Kindereien. — Das richterliche Amt der Gesellschaft.

Amerikanische Wirtschaftspolitik, von Dr. Franz Erich Junge. Ihre ökonomischen Grundlagen, ihre sozialen Wirkungen und ihre Lehren für die deutsche Volkswirtschaft. Preis brosch. 7 M. 301 S. Berlin 1910, Verlag von Julius Springer.

Teil I: Wirtschaftspolitische Grundlagen. — Einwanderung und Rassenprobleme. — Vollstruktur und sozialer Gedanke. — Gesetzgebung, Rechtsprechung und exekutive Gewalt. — Teil II: Bodenprobleme. — Mineralien-erzeugung und Vergeudung. — Agrarprobleme. — Zukünftige Landverwertung. — Teil III: Die Entwicklung von Arbeit und Lohn. — Organisationsbestrebungen und Arbeitelöhne. — Lehrlingswesen. — Soziale Schäden und Missstände. — Teil IV: Die Konzentration der Privat-

wirtschaft. — Wirkungen des Kapitalismus. — Konzentration und Technik. — Trusts und Zolltarif. — Politischer und wirtschaftlicher Imperialismus. — Zusammenfassung der Ergebnisse. — Anhang.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft, herausgegeben von Dr. Julius Wolf. 1909, Heft 12. Preis pro Heft 2 M. Quartal 5 M. Leipzig 1909, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Nachf.

Abschiedswort beim Rücktritt von der Redaktion der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, von Dr. Julius Wolf. **Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft**, herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungswissenschaft, Schriftleitung Prof. Dr. Alfred Manes. 1910, Band X, Heft 1. Preis pro Band 5 M. Berlin 1910, Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Der Begriff Generaldirektor im Aktien- und Versicherungsrecht, von Prof. Rehm. — Kritische Bemerkungen zur Mietverlustversicherung für Berlin, von Dr. Seeger und Beck. — Ein Streifzug durch die Haftpflichtversicherung der Vereinigten Staaten, von Dr. jur. Serini. — Sparprämien und Risikoprämien, von Dr. phil. Böhmer. — Der Versuch des Fürsten Hardenberg, die öffentlichen Feuer-Versicherung-Sozialitäten zu reformieren, von Schmidt. — Zum Problem einer Telegrammversicherung, von Nietschmann.

Das preussische Lehrerbesoldungsgesetz 1909 und die einschlägigen Landtagsverhandlungen, dargestellt und erläutert von einem Mitglied der Zentrumsfraktion. Preis geb. 0,80 M. 60 S. M.-Gladbach 1909, Volksvereins-Verlag.

Einleitung. — Rückblick über die Lehrerbesoldung bis zum Gesetze vom 26. Mai 1909. — Die erste Lesung des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhaus. — Die Beratung des Gesetzentwurfs in der Kommission des Abgeordnetenhaus. — Die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhaus — Beratungen des Gesetzentwurfs im Herrenhaus. — Die Annahme des Gesetzentwurfs in beiden Häusern des Landtags. — Resolutionen.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachener Stahlwarenfabrik A.-G., Aachen, 29. 1., 25. 1., 7. 1. ● A.-G. Hackerbräu, München, 29. 1., 25. 1., 31. 12. 1909. ● A.-G. für Holzbearbeitung, Memel, 26. 1., 22. 1., 3. 1. ● Aktien-Zuckerfabrik Jerxheim, 24. 1., 20. 1., 7. 1. ● Augsburger elektrische Strassenbahn-A.-G., Nürnberg, 26. 1., 22. 1., 31. 12. 1909.

Badische Ziegelwerke A.-G., Mannheim, 28. 1., 24. 1., 3. 1. ● Bank für Hypotheken und Grundbesitz A.-G., Berlin, 29. 1., 25. 1., 6. 1. ● Bruch & Co. A.-G. zu Call, Düren, 20. 1., 16. 1., 5. 1.

Cigarettenfabrik „Patria“ Ganowicz & Wleklinski A.-G., Posen, 20. 1., 16. 1., 3. 1.

Dampfziegelei Kaiserwörth, Ludwigshafen a. Rh., 28. 1., 24. 1., 3. 1. ● Delitzscher Schokoladenfabrik A.-G. vorm. Gebr. Böhme, Delitzsch. 26. 1., 22. 1., 3. 1. ● Deutsche Accumulatorenwerke A.-G., Weimar, 29. 1., 25. 1., 5. 1. ● Deutsche Babcock & Wilcox Dampfkesselwerke A.-G., Oberhausen (Rhld.), 29. 1., 25. 1., 4. 1. ● Dortmunder Westfalia-Brauerei A.-G., Dortmund, 13. 1., 7. 1., 3. 1.

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann A.-G., Halle a. S., 31. 1., 27. 1., 7. 1. ● Feuerversicherungs-Ges. Rheinland, Neuss, 24. 1., 20. 1., 7. 1.

Gas- und Electricitätswerke Vaals (Niederlande) A.-G., Bremen, 26. 1., 22. 1., 3. 1. ● Gaswerk Rülzheim (Pfalz) A.-G., Bremen, 26. 1., 22. 1., 3. 1. ● Gaswerk Santa Cruz de Tenerife A.-G., Bremen, 26. 1., 22. 1., 27. 12. 1909. ● Gesellschaft Süd-Kamerun, Berlin, 22. 1., 18. 1., 5. 1.

Hansa Hochseefischerei-A.-G., Hamburg, 22. 1., 18. 1., 3. 1. ● Hartung, Kuhn & Cie. Maschinenfabrik A.-G.,

Düsseldorf, 28. 1., 24. 1., 27. 12. 1909. ● Hutstoffwerke A.-G. vorm. C. F. Donner, Frankfurter a. M., 29. 1., 25. 1., 3. 1.

Kreuznacher Solbäder A.-G., Kreuznach, 29. 1., 25. 1., 7. 1. ● Kuranstalt Hainstein A.-G., Eisenach, 25. 1., 21. 1., 7. 1.

Mecklenburgische Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn-Ges., Neustrelitz, 26. 1., 22. 1., 3. 1. ● „Meteor“ A.-G. Gesecker Kalk- und Portland-Cementwerke, Lippstadt, 29. 1., 25. 1., 6. 1. ● Mülheimer Aktienbrauerei A.-G., Mülheim a. d. Ruhr, 29. 1., 25. 1., 5. 1. ● Arthur Müller, Land- und Industriebauten-A.-G., Berlin, 29. 1., 25. 1., 29. 12. 1909.

Neckarsulmer Fahrradwerke A.-G., Heilbronn, 26. 1., 22. 1., 3. 1. ● Norddeutsche Automobil- und Motoren-A.-G., Bremen, 28. 1., 24. 1., 5. 1.

Oberschlesische A.-G. für Fabrikation von Lignose, Schiesswollfabrik für Armee und Marine, Breslau, 29. 1., 25. 1., 30. 12. 1909. ● Optische Anstalt C. P. Goerz A.-G., Friedenau, 19. 1., 15. 1., 4. 1.

Schlesische Blaudruckerei A.-G., Greiffenberg i. Schl., 28. 1., 24. 1., 4. 1. ● Schlossbräu Tutzing A.-G., München, 26. 1., 22. 1., 30. 12. 1909. ● Schneider & Hanau A.-G., Frankfurt a. M., 31. 1., 26. 1., 5. 1. ● Stadt-Theater-Ges. Hamburg, 29. 1., 25. 1., 31. 12. 1909. ● Stuttgarter Mit- und Rückversicherung-A.-G., Stuttgart, 25. 1., 21. 1., 7. 1. Gebr. Unger A.-G., Chemnitz, 22. 1., 18. 1., 3. 1.

Vereinigte Speyerer Ziegelwerke A.-G., Mannheim, 28. 1., 24. 1., 30. 12. 1909.

Weseler Portland-Cement- und Thonwerke, Wesel, 28. 1., 24. 1., 3. 1. ● B. Wittkop A.-G. für Tiefbau, Aachen, 29. 1., 25. 1., 3. 1.

Zuckerfabrik Camberg A.-G., 22. 1., 18. 1., 3. 1.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: **Altenessen, Bocholt, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, O.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homburg a. Rh., Iserlohn, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Schalke, Wanne, Wesel und Witten.**
 Aktien-Kapital und Reserven Mark 80 000 000.
 Telegramm-Adresse: **Creditanstalt.** (3006)
 Fernsprech-Anschluss: **Essen Nr. 12, 194, 195, 431, 535, 607, 611, 612, 742 und 844.**
 Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 11. Jan. 1910, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Ge-sucht	Ange-boten
Kohlen.		
Alte Haase	1780	1800
Blankenburg	2700	2800
Brassert	11900	12300
Carolus Magnus	6950	7100
Constantin der Gr.	43700	44650
Deutschland b. Hassl.	5575	5625
Dorstfeld	14800	15400
Eintracht Tiefbau	7550	7900
Ewald	54500	57000
Fr. Vogel & Unverh.	2950	3025
Friedrich der Grosse	25900	26700
Gottessegen	—	4300
Graf Bismarck	—	—
Graf Schwerin	11600	12000
Heinrich	5250	5450
Helene & Amalie	19500	20500
Hermann I/III	4350	4400
Johann Deimelsberg	8650	8900
Kaiser Friedrich	3150	3225
König Ludwig	33400	34200
Königin Elisabeth	23600	24000
Langenbrahm	26800	27200
Lothringen	30800	32000
Mont Cenis	23000	23900
Neussen Act.	475%	—
Oespel	3300	3325
Schürb. & Charlottbg.	1950	2075
Tremonia	4000	4150
Trier	6400	6500
Unser Fritz	27500	—
Westfalen Anteile	9250	9350

	Ge-sucht	Ange-boten
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	3375	3450
Clarenbg. Akt. Braunk.	345%	355%
Elzer Gruben	2700	2800
Humboldt	1450	—
Lucherberg	3450	3525
Regiser	2375	2425
Schallmauer, Braunk.	4125	4225

	Ge-sucht	Ange-boten
Kali.		
Adler Vorz.-Act.	114%	116%
Adler Stamm-Act.	7200	7500
Alexandershall	10600	10850
Beienrode	—	6500
Bismarckshall Vorz.-Act.	112%	115%
Bismarckshall Stamm-Act.	90%	92 1/2
Burbach	14400	16600
Carlsfund	7500	7800
Desdemona	—	9000
Deutsche Kaliwerke Act.	140 1/2	142%
Deutschland, Justenbg.	4750	4900
Einigkeit, Fallersl.	—	8600
Friedrichshall Act.	10400	10700
Glückauf, Sondershausen	18000	19500
Grossherz. v. Sachsen	7250	7450

	Ge-sucht	Ange-boten
Hattorf, Vorzugs-Aktien	120%	122%
Heiligenroda	—	5600
Heldburg Act.	81%	82 1/2
Heldrungen I	2725	2775
Heldrungen II	2725	2775
Hermann II	3700	3800
Hohenfels	—	9300
Hohenzollern	—	—
Immenrode	5200	5350
Johannshall	—	4800
Justus Act.	118%	120%
Kaiseroda	96%	99%
Krügershall vollb.	117%	119%
Ludwigsh. vollb. Act.	108%	110%
Neu-Bleicherode	140%	143%
Neustassfurt	140%	152%
Nordhäuser Kali	123%	125%
Ronnenberg Act.	—	—
Rossleben	—	10300
Rothenberg	—	—
Sachsen-Weimar	6050	6200
Siegfried I	—	6100
Sigmundshall Act.	187%	190%
Teutonia	130%	132%
Volkenroda	—	5700
Walbeck	—	7000
Wilhelmshall	12800	14000
Wintershall	14900	15300
Erz.		
Apfelbaumer Zug	190	210
Bautenberg	2600	2650
Concordia	1500	1550
Fernie	3350	3450
Henriette	2325	2375
Kuhlenberger Zug	—	500 550
Louise Brauneisenst.	1750	1800
Neue Hoffnung	180	210
Victoria bei Littfeld	—	—
Wildberg	—	—
Div. Kuxe und Aktien.		
Ver. Flanschenfabr. und Stanzwerke	—	—
Rhein. Bergbau	108%	110%
R.-W. Electr.-W. Act.	164%	166%
Düsseldorfer Eisen- und Drahtind. Act.	—	—
Union Zement Act.	124%	126%
Waggonfabr. Uerd. V.-A.	138%	141%
Westdeutsch. Eisenw.	200%	—

Londoner Börsenkurse
 (mitgeteilt von 8002)
M. Marx & Co.,
 Gresham House Old Broad Street,
 London E. C.)
Filiale Berlin, Unter den Linden 65.

	3.1.	10.1.
Amerikaner		
Atchison	127 5/8	125 3/4
Baltimore and Ohio	122 1/4	122 1/4
Canadian Pacific	187 3/8	185 5/8
Erie Common	35 1/4	34 7/8
Missouri Kans. and Texas	51 1/4	50 3/4
Southern Railway	34 3/4	33 3/4
Southern Pacific	140 3/4	140 1/2
Union Pacific	210 3/4	207 1/2
U. S. Steel Common	9 3/4	15 1/8
Grand Trunk Ordy	21 7/8	21 7/8
Minen		
Südafrikaner und Rhod.		
Anglo French Expl.	—	—

East Rand Prop.	516 3/32	57 1/16
Geduld	25 1/8	27 1/32
General Mining and Fin.	21 1/4	28 1/16
Goerz & Co.	25 3/32	25 3/32
Goldfields Ordy	65 3/32	61 1/16
Johannesb. Cons. Inv.	1 1/2	1 5/8
Kleinfontein New	11 1/8	22 1/32
Knights Central	23 3/32	22 1/32
Langlaagte Estates	215 1/8	215 1/16
Modderfontein	11 1/8	21 1/16
Randfontein	21 1/4	21 1/8
Rand Mines	915 3/32	311 3/32
Rose Deep	413 1/8	47 1/16
Rhodesian Bankets	29 3/32	21 1/4
Robinson Deep	37 1/8	37 3/8
South West Africa	38 1/6	39 1/8
Tanganyikas	517 3/32	59 1/4
Witwatersrand Deep	5 1/4	5 1/4

Diamant, Kupfer u. andere

Anaconda	11 1/4	11
Associated Gold of W. Aust.	15 1/16	27 3/32
Boston Copper	43 1/8	47 1/16
Broken Hill Prop.	25 3/32	42 1/8
De Beers Defd.	1913 1/16	1913 1/16
Esperanza	215 1/8	3
Golden Horseshoe	7 1/4 x d	7 1/4
Great Fingall Consolidated	25 3/32	14 1/4
Kalgunli	7 1/8	7 1/4
Mount Lyell Mining	37 1/6	37 1/6
Mount Lyell Consols 7/6 shares 7/0 paid	—	4 6
Oroya Brownhill	29 3/32	7 1/8
Rio Tinto	79 5/8	79 1/8
Sons of Gwalia	17 1/8	127 3/32
Spasky Copper	2 1/8	2 1/8

Fremde Werte

Engl. Consols 2 1/4 %	82 15/16	82 11/16
Brazilian 4%	88	81 1/4
Colombian 1896	44 3/4 x d	43 1/2
Japanese 4 1/8 % 1905	91 1/2	91 1/8
Mexican 5%	101 1/2 x	101 3/4
Peru Ordy	9 1/8	10 5/8
Peru Pref.	35 1/2 x d	37
Province of Buenos Aires 3%	68 5/8 x d	68 1/8
Venezuela	54 x d	54 1/4

Trotzdem heute bereits die Medio-Liquidation begann und das Geschäft entsprechend einen mässigen Umsatz erreichte, war die Allgemeintendenz eine feste. Insbesondere heimische und fremde Werte waren gefragt und haben Kursbesserungen aufzuweisen. Minen lagen ebenfalls unter Führung der leitenden Werte nach oben. Amerikaner schwächten auf niedrigere amerikanische Notierungen etwas ab.

Die Zeitungs-Annonce ist ein wichtiger Faktor im Geschäftsleben unserer Zeit geworden. In weiten Kreisen von Industrie und Handel sieht man deshalb dem alljährlich um die Jahreswende erscheinenden Zeitungs-Katalog der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse mit besonderem Interesse entgegen. Der Inserent findet in diesem Buch in übersichtlicher Anordnung alle wünschenswerten Angaben. Mit der soeben erschienenen Ausgabe für das Jahr 1910 widmet die Firma Rudolf Mosse ihren Geschäftsfreunden wieder eine elegante Schreibmappe mit einem Notizkalender für jeden Tag des Jahres.

Kursschwankungen an der Berliner Börse im Jahre 1909 ist der Titel einer Broschüre, welche die Disconto-Gesellschaft ihren Kunden zusendet. Das nette Werkchen zeichnet sich durch grosse Uebersichtlichkeit und vornehme Ausstattung aus, und fällt besonders der schönen Zweifarbendruck auf. Das instructive Büchlein, das jeder Interessent

Brauerei Königstadt Actien - Ges.
Bilanz pro 30 September 1909.

Aktiva.	M.	Pf
Grundstücke	1216679	12
Gebäude	3110300	—
Immobilien Habel Anteil Habel	3458000	785000
Grundst. Wriezen	55400	—
Grundst. Zehdenick	47500	—
Masch. u. Utensil.	396000	—
Kühl-Anlage	55200	—
Elektrische Anl.	36000	—
Lager-Fastagen	94400	—
Versand-Fastagen	35100	—
Pferde	62000	—
Wagen u. Geschirr	15500	—
Eisenb.-Wagen	13800	—
Mobilien	100	—
Kundschn.-Invent.	48200	—
Ausschank-Invent.	16800	—
Beteiligungen	37900	—
Flasch.-Gesch.-E.	9000	—
Versich.-Prämien	8015	75
Kassa	20079	03
Wechsel	5950	—
Pfandbr.-Amort. I	27037	40
" " II	12352	30
Hyp.-Forderung	50600	—
Vorräte	760177	02
Konto-Dubioso	10	—
Kto.-Korr.-Debit. (inkl. Guth. bei C.Habelsbrauer.	773663	75
	11150764	37

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital	5700000	—
Hypotheken	4000000	—
do. Wriezena.O.	26050	—
do. Zehdenick	9000	—
Reserve-Fonds	570000	—
Dividenden	5454	—
Kant.-K. d. Bierf.	26830	—
Kto.-Korr.-Kred.	567574	23
Gew. u. Verlust: Vortr. 4381.71	—	—
Gew. 241474.43	245856	14
Verteil.v.Gewinn: Tant. u. Gratifikat. M. 15610.—	—	—
4% Div. 228000.— Vortr. p. 1909/10 2246.14	245856.14	—
	11150764	37

Gewinn- und Verlust-Konto.		
Debet.	M.	Pf
Fourage	105345	80
Handlungs-Unk.	158529	67
Zinsen	163719	57
Reparaturen	67817	59
Steuern	37558	14
Versicher.-Präm.	6592	04
Gas- und Wasserverbrauch	1548	23
Abgaben	17099	13
Eis	11321	34
Abschreibung	202223	96
Netto-Gewinn	241474	43
	1020229	90

Kredit.		
M.	Pf	
Bier-Ertr (inkl. Fl.-B.)	670283	73
Neben-Produkte	85095	83
Miete	178330	—
Ertrag C. Habels Brauer.G.m.b.H.	70650	—
Licht	12782	10
Pfandbrief-Unk.	1792	24
Verfallene Divid.	1296	—
	1020229	90

Der Aufsichtsrat. Leopold Friedmann.

Siemens & Halske Aktiengesellschaft.
Bilanz per 31. Juli 1909.

Aktiva.	M.	Pf
Kasse	179 941	33
Guth. b. Banken	20 392 917	01
Effekten-Best.	8 801 961	56
Aktiv-Hypoth.	1 081 500	—
Wechsel-Best.	55 203	88
Dauernde Beteil.	66 624 836	52
Grundstücke	4 634 564	31
Gebäude	10 835 135	75
Utens. u. Werkz.	1	—
Werkzeugmasch. Betriebsmasch.	1	—
Heizungs- und Beleucht.-Anl.	1	—
Modelle	1	—
Rohmaterial	2 235 922	58
Angefangene u. fert. Fabrikate	7 962 201	34
Zentralen im eignen Betriebe	813 957	37
Unternehm. bzw. Beteil. a. solch.	904 919	22
Aval-Konto	791 838	36
Debitoren	23 447 951	47
	148 762 855	70

Passiva.	M.	Pf
Aktienkapital	63 000 000	—
Reserve	11 500 000	—
Spezial-Reserve	1 800 000	—
Anleihen-Konto	26 574 000	—
Passiv-Hypoth.	1 210 000	—
Spar- und Depositen-Konto	9 711 130	31
Pens.-, Witw.- u. Waisen-Kasse	2 107 557	50
Dispositionsfds.	1 625 749	26
Interims-Konto	3 555 918	96
Aval-Konto	791 838	36
Kreditoren	15 457 651	68
Reingewinn	11 429 009	63
	148 762 855	70

Gewinn- und Verlust-Konto.		
Debet.	M.	Pf
Handl.-Unkost. d. Zentralverw.	854 145	16
Obligationszins.	1 069 443	33
Abschr. auf Geb.	481 177	47
Reingewinn	11 429 009	63
	13 833 775	59

Kredit.		
M.	Pf	
Vortr. a. 1907/08	1 036 212	—
Geschäftsgew. d. Jahres 1908/09 (3039)	12 797 563	59
	13 833 775	59

Berlin, den 7. Januar 1910.
Siemens & Halske Aktiengesellschaft
Budde. Spiecker.

GEBR. ARNHOLD
Bankgeschäft
Dresden, Waisenhausstr. 20
Filiale: [1200
Dresden-N., Hauptstr. 38.

Die Börse.
Von Georg Bernhard.
Preis 1 Mark.
Zu beziehen durch den

Accumulatoren- und Electricitäts-Werke Actiengesellschaft vormals W. A. Boese & Co., Berlin.

In der ausserordentlichen General-Versammlung unserer Gesellschaft vom 18. Dezember 1909 wurde folgender Beschluss gefasst:

„Die Besitzer von Vorzugsaktien sind durch Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern aufzufordern, innerhalb vom Aufsichtsrat zu bestimmender Fristen unter Einreichung ihrer Vorzugsaktien sich zur Zusammenlegung dieser im Verhältnis von 3:2 und gleichzeitig zur Zahlung von M. 400.— auf jede zusammengelegte Vorzugsaktie bereit zu erklären, auch diese Einzahlung Zug um Zug zu leisten. Von dieser Einzahlung werden 6% p. a. vom Tage der Zahlung bis zum 31. Dezember 1909 bei der Zuzahlung in Abzug gebracht.

Diejenigen Vorzugsaktien, deren Besitzer die vorstehende Zusammenlegung vornehmen und die Zuzahlung leisten, werden Vorzugsaktien Lit. A. Sie erhalten aus dem Reingewinn für die Zeit vom 1. Januar 1910 ab vor den übrigen Aktiengattungen jährlich bis 6% Vorzugsdividende. Wird in einem Jahre die Vorzugsdividende nicht oder nicht voll bezahlt, so wird der Fehlbetrag in den nächsten Jahren nachgezahlt, ehe eine Vorzugsdividende für das letztvorangegangene Jahr bezahlt wird. Die Nachzahlung erfolgt auf den Dividendenschein für dasjenige Jahr, welches der die Nachzahlung beschliessenden Generalversammlung vorhergeht.

Bekanntmachungen bezüglich der Vorzugsaktien Lit. A erfolgen in den Gesellschaftsblättern.

Die Stammaktien und bisherigen Vorzugsaktien erhalten, und zwar ohne Nachzahlungsverpflichtung der Gesellschaft, eine Dividende bis zu 4% erst, nachdem auf die Vorzugsaktien Lit. A die etwaigen Dividendenrückstände sowie 6% für das letztvergangene Jahr bezahlt sind.

Der Mehrertrag steht nur den Vorzugsaktien Lit. A zu. Bei Auflösung der Gesellschaft erhalten die Vorzugsaktien Lit. A bei der Rückzahlung vorweg den Nennbetrag zuzüglich 40% Aufgeld und geniessen bezüglich rückständiger Vorzugsdividenden Vorrang vor den Stammaktien und alten Vorzugsaktien.

Die durch Zuzahlung eingehenden Beträge sind zur Deckung der Kosten der Durchführung des Beschlusses der ausserordentlichen Generalversammlung vom 18. Dezember 1909, zu ausserordentlichen Abschreibungen und zur Deckung ausserordentlicher Verluste, ferner zur Ergänzung der Reserven zu verwenden. Ueber die Verwendung innerhalb dieser Grenzen beschliesst der Aufsichtsrat.

Findet bis zum Ablauf der vom Aufsichtsrat bestimmten Fristen die Zuzahlung von mindestens M. 750 000.— in bar statt, so gilt die Transaktion als perfekt. Anderenfalls sind die gezahlten Beträge zurückzuerstatten.“

Im Verfolg des vorstehenden, am 30. Dezember 1909 in das Handelsregister beim Königlichen Amtsgericht in Berlin-Mitte eingetragenen Generalversammlungs-Beschlusses fordern wir hiermit unsere Herren Vorzugsaktionäre auf, ihre Vorzugsaktien nebst Dividendenbogen und Talon in der Zeit

vom 5. bis 19. Januar d. J. einschliesslich
mit einem doppelten Nummernverzeichnis und unter gleichzeitiger Zuzahlung von M. 400.— auf jede zusammengelegte Vorzugsaktie

in Berlin bei Herren Bercht & Sohn, NW., Roonstr. 3,
bei Herren G. Lilienthal, W. Jägerstr. 27.
bei d. Kasse der Gesellschaft, SO. Köp-nickerstr. 154
in Frankfurt a. Main bei Herren Jacob Wolf & Co., Neu-Mainzerstr. 82, I

einzureichen, an welchen Stellen auch die Formulare für die Nummernverzeichnisse erhältlich sind.

Für diejenigen Einzahlungen, welche vor dem 19. Januar d. geleistet werden, werden 5% Zinsen vom Tage der Zahlung bis zum 19. Januar d. J vergütet.

Von je drei dergestalt eingereichten Vorzugsaktien wird eine Vorzugsaktie nebst Dividendenscheinen und Talon zurück behalten und vernichtet, die beiden anderen dagegen werden nach Aufbringung folgenden Stempelaufdruckes „Laut Generalversammlung-Beschluss vom 18. Dezember 1909 in Vorzugs-Aktie Lit. A ungewandelt“ den Einreichern baldmöglichst zurückgegeben. Von den Nummernverzeichnissen wird das einquittiert zurückgegeben, und gegen Umtausch desselben werden die Vorzugsaktien Lit. A seinerzeit ausgehändigt.

Berlin, den 4. Januar 1910. (3038)
Accumulatoren und Electricitäts-Werke Actiengesellschaft